



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **44. Sitzung (öffentlich)**

21. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Steffen Exner, Dr. Hildegard Müller,  
Ulrike Schmick, Marion Schmieder, Gertrud Schröder-Djug,  
Benjamin Schruff, Karin Wirsdörfer

### **Verhandlungspunkt:**

**Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und  
Prüfungsordnung Sekundarstufe I (APO-S I)**

**3**

Vorlage 17/1846

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



**Vorsitzende Kirstin Korte:** Ein herzliches Willkommen, meine Damen und Herren, hier in unserem Hohen Haus, dem Plenarsaal. Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Mein ganz besonderer Gruß gilt natürlich den Damen und Herren Sachverständigen, die uns heute wieder mit ihrer Fachkompetenz unterstützen wollen. Ebenso grüße ich herzlich die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und selbstverständlich die Damen und Herren aus dem Ministerium sowie eventuelle Zuhörer.

Ich darf Dank sagen an den Sitzungsdokumentarischen Dienst, dass er uns wie gewohnt begleitet. Ich darf mich herzlich bedanken bei Herrn Müller und Frau Arnoldy für die Vorbereitung der Sitzung und würde jetzt gerne beginnen, indem ich den Titel unserer heutigen Anhörung vorlese. Er lautet:

### **Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (APO-S I)**

Vorlage 17/1846

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Alle schriftlich eingereichten Stellungnahmen sind den Mitgliedern des Ausschusses zugegangen. Überschüssige Exemplare liegen hinten im Sitzungsraum aus. Sie dürfen, verehrte Damen und Herren Sachverständige, voraussetzen, dass das, was Sie schriftlich hinterlegt haben, auch von den Abgeordneten wahrgenommen wurde.

Das Tableau wurde allen Sachverständigen und den Mitgliedern des Ausschusses am 20. Mai per Mail zugeleitet. Über den Ablauf der Veranstaltung wurden Sie als Sachverständige sowie die Mitglieder des Ausschusses am 20. Mai informiert.

Wir haben darauf hinzuweisen, dass Ton-, Film- oder Bildaufnahmen – ein hochaktuelles Thema zurzeit – während der Anhörung im Sitzungsraum untersagt sind. Ebenso darf ich darauf hinweisen, dass als Getränk hinter der Wand ausschließlich Wasser zu sich genommen werden darf. Essen und Trinken ist leider im Plenarsaal nicht gestattet.

Zum Ablauf der Anhörung möchte ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass wir keine Eingangsstatements der Sachverständigen erwarten, aber Ihnen gerne die Möglichkeit einräumen, wenn Sie es denn wünschen, am Ende ein maximal dreiminütiges abschließendes Statement zu verfassen.

Dann hatten wir uns darauf verständigt, um ein besseres Zuhören und einen besseren Ablauf zu gewährleisten, dass pro Fragerunde jede Fraktion eine Frage idealerweise an einen Sachverständigen stellt, maximal an drei Sachverständige. Die Fragestellung wie auch die Antworten sollten drei Minuten nicht überschreiten. Ich bitte herzlich, das, auch mit Blick auf meine Abgeordnetenkollegen, zu berücksichtigen.

Auf die Frage einer Fraktion kann dann direkt von den Sachverständigen geantwortet werden. Ich würde Ihnen jeweils das Mikrofon freigeben, Sie entsprechend aufrufen

und Sie herzlich bitten, sich mit der Taste in das Mikrofon einzudrücken. Haben Sie Fragen hierzu?

Ich darf zunächst noch darauf hinweisen, dass wir zwei Absagen für heute erhalten haben. Entschuldigt sind Frau Schäfer von der GEW und Frau Balbach. Beide sind erkrankt und daher heute nicht anwesend.

So, wie ich das im Moment sehe, sind die Sachverständigen Herr Käuser, Herr Fischer und Herr Dr. Vallana noch nicht im Raum. Vielleicht kommen sie noch. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen die Fragen an diejenigen zu stellen, die jetzt hier anwesend sind. – Ich höre gerade, der Tunnel ist gesperrt.

Sie sind aber damit einverstanden, dass wir trotzdem beginnen? – Gut.

Die erste Wortmeldung war von Frau Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige! Herzlichen Dank für Ihre schriftlichen Stellungnahmen. Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung. In zwei Stellungnahmen wurde gefragt, und wenn Herr Käuser da ist, würde ich das gerne deutlich machen, warum wir das Verfahren aufhalten würden. – Ich will darauf kurz eingehen und für uns – für Herrn Ott und für mich – in Anspruch nehmen, dass wir sehr, sehr früh politisch angekündigt haben, dass wir zu diesem Entwurf gerne eine Anhörung durchführen möchten. Es geht eben nicht nur um das Gymnasium, sondern es ist eine APO-S I, die für alle Schulformen wirksam ist.

Deswegen geht genau meine erste Frage an Herrn Professor Brinda. Danke für Ihre engagierte Stellungnahme, die ganz viele Knackpunkte deutlich gemacht hat. Dazu werde ich gleich noch fragen. In Bezug auf die Gültigkeit für alle Schulformen: Wie stehen Sie dazu, dass zwar für das Gymnasium eine Wahlpflichtfach Informatik eingeräumt wird, Gesamtschulen sich dafür entscheiden können, aber die anderen Schulformen hinten herunter fallen. Wie sehen Sie das vor der Frage des Fachkräftemangels, der grundsätzlichen Bildung im Bereich Digitalisierung und Informatik sowie eines Anspruchs, der für alle Schülerinnen und Schüler gelten sollte, hier Bildung zu erfahren. Hierzu möchte ich gerne um Ihre Stellungnahme bitten.

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Schönen Dank für die Frage. Ich habe mich in meiner Stellungnahme sehr stark auf die Situation am Gymnasium bezogen. Aber das, was ich dort ausgeführt habe, ist strukturell auf alle Schulformen übertragbar und muss auch selbstverständlich für alle anderen Schulformen in der gleichen Weise mitgedacht werden.

Das Land ist hier angetreten, die informatische Bildung in allen Schulformen und für alle Schülerinnen und Schüler zu stärken. Wir haben eben nicht nur Schüler am Gymnasium, sondern selbstverständlich auch an anderen Schulen. Mir ist das in der Stellungnahme „durchgerutscht“ und im Nachhinein selbst aufgefallen, dass ich das hätte stärker positionieren sollen. Das gilt selbstverständlich auch für andere Schulen. Klar.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Sachverständige! Wenn wir hier Vorbemerkungen machen können, möchte auch ich diese Gelegenheit nutzen. Aus meiner Sicht ist der Zeitpunkt, ab dem man über eine solche Anhörung informiert, nicht ausschlaggebend dafür, ob sie Akzeptanz findet oder nicht. Dazu würde ich gerne die Sachverständigen hören und die Fragen anschließen, und möchte Sie bitten, nicht nur auf den Punkt einzugehen. Meine Fragen richten sich an Frau Ruffen und Herrn Funken, die keine schriftlichen Stellungnahmen abgegeben haben. Können Sie uns bitte in den maximal drei Minuten Redezeit, die Sie haben, kurz erklären, wie zufrieden Sie mit diesem Entwurf sind und welche Punkte Sie da besonders hervorheben möchten?

**Stefanie Ruffen (Humboldt-Gymnasium Köln, Schulpflegschaft):** Herzlichen Dank, dass ich angehört werde, herzlichen Dank für die Frage. Grundsätzlich sind wir sehr zufrieden. Mit „wir“ meine ich die Vertretung der Elternschaft an Schulen inklusive in Teilen die Schulleitungen. Ich bin Schulpflegschaftsvorsitzende an einem großen Kölner Gymnasium und in Kontakt mit vielen anderen Schulen. Dass G9 kommt, war klar. Aber hier bekommen wir eine gewisse Flexibilität wieder hinein, die den Schulen, viel, viel mehr Freiheit in der Planung ihres Unterrichts, aber auch des Lebens um den Unterricht herum, gibt. Das möchte ich deutlich hervorheben.

Die Qualität der Schulen kann wieder auf Schwerpunkte fokussiert werden. Die Schulen können ihre Profile wieder schärfen. Ich wünsche mir, dass daraus, auch wenn der Halbttag jetzt wieder möglich ist, resultiert, dass am Ende die Ganztage weiter gestärkt werden. Das ist eine Sorge der Eltern, dass Schulen plötzlich wieder zum Halbttag zurückkehren, weil es ja technisch möglich ist, an Stellen, wo es von den Eltern nicht gewünscht wird, wo die Lehrer aber eine starke Lobby haben. Da wünsche ich mir, dass die Schulen, die sich weiterhin für den Ganzttag entscheiden, der ja nicht nur zur Elternentlastung dient, sondern auch für das Sozialleben an den Schulen und für die Förderung der Schüler wichtig ist, unterstützt werden, sodass der Ganzttag gestärkt und auch weiterhin umfassend gefördert wird. Teilweise ist das schon so, ist aber vielen Schulen noch gar nicht so bewusst.

Grundsätzlich sind wir mit diesem Entwurf sehr einverstanden.

**Jan Funken (Städtisches Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium Mönchengladbach):** Ich kann mich Frau Ruffen aus Schulleiterperspektive nur anschließen. Meine Kolleginnen und Kollegen sowie das Kollegium aus der Verwaltung, mit denen wir das Ganze begutachtet haben und mit denen wir das in Stundentafeln umsetzen, haben sich sehr zufrieden gezeigt. Wir erwarten keine Probleme bei der Umsetzung. Es gibt einige kleine Stellen, wo wir schulspezifisch ein wenig überlegen müssen, wie wir das für uns lösen. Wir haben aber insgesamt das Gefühl, dass den Wünschen und Notwendigkeiten des Gymnasiums mit der APO-S I wirklich gut Rechnung getragen worden ist.

**Jochen Ott (SPD):** Um das als Vertreter der Legislativen in aller Deutlichkeit zu sagen, habe ich natürlich auch die Rechte, die man als Opposition hat. Deshalb bitte ich um

Verständnis bei den Verbänden, die das kritisch angemerkt haben. Wenn eine Regierung einen Entwurf einbringt, dann haben wir selbstverständlich das Recht, das parlamentarisch anzuhören, weil wir nicht über die Möglichkeiten verfügen, den Prozess im Vorfeld mitzubekommen. Deshalb bitte ich um Verständnis. Das wäre umgekehrt auch so. Ich denke, das gehört zur Demokratie dazu. Es hat nichts damit zu tun, dass man grundsätzlich Zeitprobleme infrage stellt. Wir sind damit sehr transparent umgegangen.

Ich möchte Herrn Professor Brinda eine Frage zu der Thematik, die die Kollegin Beer eben schon aufgerufen hat, stellen. Sie haben sehr ausführlich geschrieben. Ich möchte ganz konkret nachfragen: Warum denken Sie, dass die Bezüge in den Kernlehrplänen der Fächer zum Kompetenzbereich „Problemlösen und Modellieren“ nicht ausreichen, um eine informatische Grundbildung zu vermitteln? Vielleicht können Sie das noch ein bisschen genauer erläutern.

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Es gibt ja von QUA-LiS und anderen eine Analyse, wo man sich angeschaut hat, wie die Kompetenzerwartung in den Kernlehrplänen der Pflichtfächer mit den Kompetenzen des Medienkompetenzrahmens in Bezug steht. Wenn man sich den Bereich 6, das ist der Bereich, der der informatischen Bildung zugeordnet ist, durchliest und sieht, was dort angekommen ist, dann findet man beispielsweise in dem Bereich „Wirtschaft/Politik“ Risiken, Chancen und Möglichkeiten aus dem Feld der Digitalisierung, digitale Farbmodelle. Das sind aber alles im Grunde genommen sehr spezielle Aspekte. Wenn man überlegt, was die Informatik in den Bereich mit einbringen könnte, wäre es sozusagen das EVA-Prinzip – Eingabe, Verarbeitung, Ausgabe. Dazu gehören genauso die Grundkomponenten, Funktionen von Informatiksystemen, im Grunde genommen die ganze Thematik, wie Informatiksysteme funktionieren und wie sie aufgebaut sind. Das müsste man mit hinzunehmen.

Noch deutlicher wird es, wenn man sich den Bereich „Modellieren und Programmieren“ anschaut. Das ist der Bereich 3 in dieser sechsten Säule des Medienkompetenzrahmens. Da gibt es genau zwei Bezüge, die dem zugeordnet sind, die aus der Mathematik stammen, wo im Wesentlichen das Näherungsverfahren zur Berechnung der Quadratwurzel durchgeführt werden soll. Ansonsten sollte man sich allgemeine regelgeleitete Verfahren anschauen. Das könnte im Grunde aber so etwas wie der größte gemeinsame Teiler sein. Nur mit diesen Bezügen kommt kein Modellieren und Programmieren zustande. Der Begriff „Programmieren“ taucht in keinem einzigen der Kernlehrpläne auf.

Die Landesregierung ist damit angetreten, das Programmieren sozusagen als elementaren Bestandteil hier für alle Schülerinnen und Schüler zu verankern, und es steht jetzt – wohlgemerkt – in keinem einzigen der Kernpläne der Pflichtfächer. Das ist anders, wenn man das Wahlpflichtfach Informatik dazu nimmt. Da werden Sie zwar den Begriff „Programmieren“ auch nicht finden. Aber die Informatik verwendet synonym dafür den Begriff „Implementation“, und der findet sich wiederum absolut reichhaltig.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz zentrales Problem.

Wenn man das nun etwas stärker machen würde, dann könnte man damit tatsächlich Prinzipien und auch Erscheinungsformen der digitalen Welt viel stärker dekonstruieren. Viele Menschen haben heutzutage einen Staubsauger-Roboter zu Hause. Das ist im Grunde genommen ein Roboter, der in der Lebenswelt angekommen ist, wo ich hinterfragen kann: Wie funktioniert der eigentlich, wie umfährt der irgendwelche Hindernisse?

Welches Fach würde sich mit so etwas auseinandersetzen? Macht das der Mathematikunterricht, oder macht das der Geschichtsunterricht? Es gibt es keinen Ort dafür, wo das in entsprechender Tiefe behandelt werden kann. Es ist nur absolut exemplarisch zu sehen. Es gibt viele andere Beispiele, die man genauso aufgreifen könnte.

Wenn man es ernsthaft wollte mit diesem Modellieren und Programmieren, dann müsste das im Grunde genommen vom Fach her, von der Sache her gedacht werden. Dann müsste man die Pflichtfächer allesamt miteinander „aufbohren“ und überlegen: Was streichen wir aus den vorhandenen Pflichtfächern in größerem Umfang heraus, und welche Inhalte aus dem Bereich „Modellieren und Programmieren“ verankern wir da? Das ist bisher nicht der Fall. Man tut so, als könnten die Schüler das schon alle, als wäre es völlig selbstverständlich, in irgendeinem Fach mal etwas zu programmieren. Aber die Informatik bringt ihre eigene Fachlichkeit mit, die man nicht nebenbei irgendwie erlernt. Das wäre ungefähr so, als würde man sagen: Gut, wir sparen uns den Deutschunterricht, und nur dadurch, dass wir zum Beispiel im Politikunterricht ab und zu einen deutschen Text schreiben, wird eigentlich alles das, was wir an Deutsch brauchen, quasi direkt miterledigt.

**Helmut Seifen (AfD):** Ich habe eine Frage an Frau Mistler und Herrn Funken. Es geht darum, dass den Gymnasien gestattet sein soll, Profilklassen einzurichten. Das heißt verkürzt, man schrumpft das G8-Gymnasium ein auf eine Klasse. Ich selbst war Schulleiter einer Schule, an der es bis zum Auslaufen des G9-Gymnasiums Profilklassen gab, und habe meine Erfahrung damit. Ist es nicht besser, tatsächlich einzelne Schüler „springen“ zu lassen und nicht einen Klassenverband herzustellen?

Erstens. Wie sehen Sie das innerhalb der Schulgemeinschaft? Da gibt es den Elitenvorwurf.

Zweitens. Wie sehen Sie das mit der zweiten Fremdsprache, die in Klasse 7 beginnt und dann Klassen neu zusammengesetzt werden?

Drittens. Wie sehen Sie es da mit der Klassenstärke, die ein bestimmtes Minimum haben muss?

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Die Profilklassen sind kein Kind, das wir uns gewünscht haben. Natürlich würden wir unterstützen, dass Einzelschüler „springen“. Das immer schon der Fall gewesen. Wichtig ist zu berücksichtigen, dass es von der Größe der Schule jeweils abhängig ist. Kleine Systeme können sich das überhaupt nicht erlauben, weil die Kontinuität, von der Sie eben sprachen, überhaupt nicht gewährleistet ist. Wir sehen natürlich auch das Problem des Klassenverbands und des Miteinanders der Schüler und Schülerinnen. Es gibt allerdings – wir

haben uns sehr intensiv informiert – Schulen, an denen das wirklich funktioniert. Nach unserer Auffassung jedoch ist das eher eine Minderheit. Auch das Problem der zweiten Fremdsprache ist damit noch nicht geklärt.

Somit können wir alle drei Punkte, die Sie erwähnt hatten, nicht mit Bestimmtheit befürworten. Wir sind natürlich damit einverstanden, dass es die Möglichkeit gibt, aber wir würden den Appell an alle Schulen richten, sich sehr wohl zu überlegen, ob eine Schule eine Profilklassse wirklich leisten und stemmen kann. Das hängt auch von der Lehrerversorgung und von der Größe des gesamten Systems ab, wie ich eben schon sagte. Man muss noch die ländlichen und die städtischen Schulen berücksichtigen. Das ist nicht so einfach. Dass allerdings die Möglichkeit besteht, damit können wir leben.

**Jan Funken (Städtisches Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium Mönchengladbach):** Mir geht es ähnlich. Ich sehe es relativ entspannt, da es für mich durchaus ein theoretisches Problem darstellt. Das heißt, ich würde für meine Schule sagen: Das ist mit Sicherheit keine Lösung, die wir vornehmen würden.

Ich denke, dass die Möglichkeit, Profilklassen zu bilden, auch der Idee geschuldet ist, Schulen individuellere Möglichkeiten ihrer Verwirklichung, ihrer Profilbildung zu geben. Ich würde genau wie Frau Mistler davon ausgehen: Wenn sich eine Schule dafür entscheidet, dann hat sie das hoffentlich gut genug geprüft, dass es innerhalb der Schule dann nicht zu Verwerfungen kommt. Für meine Schule wäre es auch kein Modell, welches ich favorisieren würde.

**Frank Rock (CDU):** Vielen Dank für Ihre ausführlichen Stellungnahmen, in denen wir vieles wiederfinden konnten. Wir haben festgestellt, dass der Zeitpunkt der Anhörung vielleicht sehr außergewöhnlich ist, weil wir gern in den Prozess gekommen wären, aber heute hier sind und auch einige Fragen an Sie haben.

Ich möchte gern eine Frage an Frau Mistler stellen. Es gab schon einige Irritationen über die Anhörung zu dem Thema, weil es nicht ganz üblich war, zu einem so späten Zeitpunkt eine APO-S I-Anhörung zu machen. Es gab auch eine intensive Verbändebeteiligung; das hat den einen oder anderen verwundert.

Wurden Sie in der Verbändebeteiligung Ihrer Meinung nach ausreichend am Verfahren beteiligt? Sind Sie mit dem Verfahren zufrieden?

Zu der Frage von Herrn Ott zum Mehrgewinn. Welchen Mehrgewinn haben wir in der letzten Phase jetzt noch von dieser Veranstaltung? Ich möchte diese Frage auch Herrn Käuser stellen.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Bevor ich Frau Mistler das Wort erteile, nutze ich die Gelegenheit, Herrn Käuser und Herrn Dr. Vallana herzlich zu begrüßen. Ich hoffe, die Nerven sind bei dem schwierigen Weg hierher nicht zu sehr strapaziert worden. – Herr Käuser kann dann direkt im Anschluss an Frau Mistler antworten.



**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Wir sind durchaus zufrieden mit dem Beteiligungsverfahren. Wie man sehen kann, unsere vorletzte Stellungnahme hatte einige Aspekte angeführt, unter anderem auch den Wunsch nach dem Wegfall oder der Freigabe der Förderpläne, die wir nicht für notwendig erachten. Dem ist Rechnung getragen worden. Wir hatten in der vorletzten Stellungnahme auch erwähnt, dass wir gern eine gewisse Flexibilisierung haben wollen. Sie entnehmen das auch der Stellungnahme, die wir jetzt formuliert haben.

Insofern hatten wir das Gefühl, dass unseren Wünschen durchaus Rechnung getragen werden konnte. Daher kann ich das mit Zufriedenheit belegen. Ich glaube, den Mehrerfolg bezogen auf diese Anhörung kann man aus den Worten von Frau Beer und Herrn Ott ableiten. Ich habe jetzt verstanden, es gehe darum, dass man zum heutigen Zeitpunkt einiges zur Sprache bringen kann und eventuell noch über einige Dinge im Gespräch bleibt. Vielleicht müssen Sie mich korrigieren, wenn ich das nicht richtig interpretiert habe.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Es geht nicht nur um das Gymnasium!)

Das war der letzte Punkt, dass es hier nicht vornehmlich um das Gymnasium geht. Das ist korrekt.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Jetzt machen wir eine unorthodoxe Regelung, was dem verspäteten Eintreffen geschuldet ist. Ich würde Herrn Rock bitten, seine Frage für Herrn Käuser zu wiederholen. Dasselbe gilt für Herrn Ott. Dann hat Herr Käuser im Anschluss die Möglichkeit, auf beide Fragen zu antworten.

**Frank Rock (CDU):** Herr Käuser, wurden Sie in der Verbändebeteiligung Ihrer Meinung nach am Verfahren ausreichend berücksichtigt? Sind Sie mit dem Verfahren zufrieden in einer späten Phase einer Anhörung zu der APO-S I, die in der Umsetzung bei den Schulen schon „brennt“? Sehen Sie hier einen Mehrerfolg?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das sind drei Fragen!)

**Jochen Ott (SPD):** Herr Käuser, ich hatte in Ihrer Abwesenheit eine Frage an Professor Brinda gestellt, die ich auch an Sie gerichtet hätte. Deshalb danke ich der Vorsitzenden, dass ich die Frage wiederholen darf.

In der Stellungnahme und in der Antwort eben von Professor Brinda ging es um die Frage, ob das Fach Informatik genügend implementiert ist. Ich hatte die Frage gestellt, weil Professor Brinda das in seiner Stellungnahme beschrieben hatte. Denken Sie, dass in Bezug auf die Kernlehrpläne der Fächer zum Kompetenzbereich Problemlösung und Modellieren nicht ausreichend ist, um eine informatische Grundbildung zu vermitteln?

Da Sie, Herr Käuser, sich explizit bei Ihrer Darstellung auch auf das Fach Informatik bezogen haben, bitte ich Sie, dazu eine Einschätzung abzugeben, wo Sie die Schwierigkeiten sehen und ob das problemlose Modellieren aus Ihrer Sicht ausreichend abgebildet ist.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Entschuldigung für die Verspätung, doch wir hatten die schöne seltene Gelegenheit, dass die Gymnasien und die Gesamtschulen gemeinsam im Stau standen, und das in der Landeshauptstadt vor dem Rheinufertunnel. Das hat auch was.

Herr Rock, zu Ihrer Frage zur Verbändebeteiligung. Ich kann mich im Grunde nur den Worten von Sabine Mistler anschließen. Wir sind sehr frühzeitig befragt worden, haben dann auch sehr frühzeitig im Verbändeverfahren die Kommunikationsformen gemeinsam entwickelt, auch mit dem MSB, mit denen wir konferieren, um über die aktuellen Stände informiert und beratend tätig zu werden. Das haben wir in unserer Stellungnahme so formuliert. Wir haben den Eindruck, dass es sehr zielführend war, weil die kritischen Anmerkungen, die wir geäußert hatten – es gab welche –, an den zentralen Punkten übernommen worden sind.

Ein wesentlicher Punkt war für uns die Flexibilisierung der Stundenkontingenttafeln zwischen Erprobungsstufe und Mittelstufe. Das war ein längerer Überzeugungsprozess, der letztendlich erfolgreich war. Das, was jetzt am Ende steht, was sozusagen die Basis dessen ist, mit dem die Schulen arbeiten müssen, ist etwas, womit wir sehr gut leben können. Das haben wir in unserem Vorstand sehr intensiv diskutiert und auch unsere Mitglieder dazu befragt.

Also klare Antwort: Ja, aus unserer Sicht war es einerseits in angemessener Weise, was das Verfahren angeht, und was die umgesetzten Veränderungswünsche angeht, ist das auch so.

Thema Informatik. Ich sage Ihnen offen und ehrlich, wir waren in unserem Vorstand, als wir unsere erste Stellungnahme für Januar verabschiedet haben, sehr unentschieden. Es gab eine starke Gruppe, vorwiegend Kollegen, die die MINT- und Informatik-Fächer vertreten, die sagte, man müsse unbedingt für eine Stärkung des Faches sorgen, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass wir im Moment die Personalressource nicht haben, in der Hoffnung, dass sich durch die Implementation des Faches auch das ändert.

Ich sage genauso offen und ehrlich: Wir waren in unserem Vorstand diesbezüglich uneins. Wir hätten uns gewünscht, dass das Fach Informatik noch eine stärkere Rolle hätte übernehmen können. Wir sehen allerdings auch die Problematik der Personalressource. Ich kann bezüglich meiner eigenen Schule ein Lied davon singen. Wenn Sie zwei Kolleginnen haben, wovon eine der Kollegin langzeiterkrankt und die andere in Familienplanung begriffen ist, dann bekommt man ganz schnell ein Problem, vor allen Dingen, wenn man in der Oberstufe das Fach anbietet. Das ist natürlich ein Totschlägerargument.

So meine ich es nicht. Wir sind schon der Auffassung, dass das Fach Informatik perspektivisch gestärkt werden muss, meines Erachtens auch in einem neuen Verständnis, auch über den klassischen schulfachlichen Begriff hinaus. Doch wir müssen ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass wir es im Moment an vielen Standorten einfach nicht abbilden können. Ich glaube, das ist die Realität, mit der wir im Moment leben müssen.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich will noch eine kurze Eingangsbemerkung machen, weil wir am Anfang – Frau Mistler hat darauf auch Bezug genommen – sehr deutlich gesagt haben, dass wir im politischen Raum als Parlamentsangehörige sehr früh gesagt haben, dass wir diese Anhörung haben möchten, damit sich auch Regierung und die regierungstragenden Fraktionen darauf einstellen können. Ich will noch darauf hinweisen, dass es nicht nur um das Gymnasium geht, sondern um eine APO-S I für alle Schulformen.

Das war auch meine erste Frage an Professor Brinda. Es geht um die Informatik, weil nur für das Gymnasium das Wahlpflichtfach festgeschrieben ist und es für die Gesamtschulen eine Kann-Option gibt. Alle anderen Schulen sind als Schulform nicht genannt. Das kann bei dem Verständnis der Bedeutsamkeit informatischer Grundbildung und auch des Fachs Informatik so nicht sein. Jetzt kommen wir genau zu dem Punkt, den Herr Käuser gerade angesprochen hat: die Lehrgewinnung. Da würde ich gerne Herrn Professor Brinda und auch Herrn Dr. Vallana ansprechen, weil natürlich die folgende Frage entsteht: Wenn ich das Fach nur in einer Schulform als Pflicht festschreibe, lenke ich auch noch Fachkräfte ganz besonders in diesen Bereich, und wir haben sowieso zu wenig.

Also: Wie ist die Frage von Fachkräftegewinnung in einem Prozess anzulegen? Wie können wir das erreichen, wenn das Thema erweitert wird – so habe ich Herrn Brinda zustimmend verstanden – und Informatik auch in die APO-S I für die anderen Schulformen geschrieben werden müsste, weil es jetzt vollkommen unbestimmt ist? Was muss getan werden, damit in allen Schulformen auch Fachkräfte perspektivisch – in naher Zukunft, mittel- und langfristig – zur Verfügung stehen?

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Vor diesem Problem standen eigentlich alle Bundesländer, die sich auf den Weg begeben haben, Pflichtfächer Informatik einzuführen. Wir haben das Pflichtfach Informatik inzwischen in Bayern, Baden-Württemberg führt es gerade neu ein, wir haben es in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen. Natürlich können wir, wenn wir nicht genug Lehrer haben, nicht sagen: Wir möchten jetzt zum Winter damit anfangen. – Das geht nicht. Das ist auch vollkommen klar.

Man könnte sich ja – das wäre ein außerordentlich wichtiges Signal – als Land dazu committen und sagen: In drei oder fünf Jahren ist das unser Ziel, und das schreiben wir fest. – In dem Moment, in dem wir das Ziel festgeschrieben haben und es nach außen kommunizieren, kann man Prozesse in Gang setzen, die uns auf dem Weg dorthin begleiten. In Bayern gab und gibt es beispielsweise Lehrernachqualifikationsprogramme, wo Lehrkräfte, die bereits eine Lehrbefähigung haben und im Unterricht tätig sind, berufsbegleitend in Informatik nachqualifiziert werden und auf diesem Weg die volle Lehrbefähigung erlangen können. Das funktioniert in zwei bis vier Jahren, je nachdem, wie viel Zeit man investieren möchte.

Das Land Bayern hat eine ganze Zeitlang Anreizsysteme für diese Lehrerinnen und Lehrer dergestalt gemacht, dass man gesagt hat: Wir stellen euch einen Tag pro Woche vom Unterricht frei, damit ihr das machen könnt. – Man müsste schauen, was hier in vergleichbarer Weise realisierbar ist. Inzwischen sind die Anreize relativ weit – im

Wesentlichen auf E-Learning-Komponenten – zurückgefahren, und es funktioniert trotzdem noch. Damit will ich nicht sagen, dass das der Weg wäre, mit dem ich es am Anfang probieren würde, wenn man in die Breite gehen möchte.

Ich denke, wir haben jetzt eine außerordentlich gute Chance, und zwar einerseits dadurch, dass hier in Nordrhein-Westfalen schon mal das Wahlpflichtfach verpflichtend wird. Das ist aus meiner Sicht schon mal ein erster wichtiger Schritt. Aber damit darf man nicht aufhören.

Dann ist es so, dass im naturwissenschaftlichen Bereich zwei Stunden zur Stärkung der informatischen Bildung eingesetzt werden können. Okay, ich sehe ein, dass das Wort „können“ zum jetzigen Zeitpunkt unumgänglich ist. Aber man sollte aus meiner Sicht die Formulierung mindestens so ergänzen, dass man sagt: Zum jetzigen Zeitpunkt können und in vielleicht drei Jahren müssen diese zwei Stunden für informatische Bildung für alle Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden. Damit hätte man einen nächsten kleinen Schritt in diese Richtung gemacht. Um zwei Stunden zu schultern, braucht man noch kein voll ausgestattetes Fach. Das wäre sozusagen ein Anfang.

Und man könnte dann immer noch überlegen: Wie kann man in noch etwas größeren zukünftigen Schritten schauen, das Fach schrittweise so weiterzuentwickeln, dass es in den Naturwissenschaften irgendwann einen gleichgewichtigen Stellenwert erlangt. Das geht nicht von heute auf morgen; aber wir müssen die ersten Schritte tun. Wenn Sie jetzt nicht sagen: Wir schreiben die Stärkung der Informatik verbindlich – auch mit einer verbindlichen Zuweisung von Stunden – ab einem bestimmten Zeitpunkt fest, dann stellt sich in Zukunft jedes Mal, wenn Sie diese Entscheidung wieder aufs Tableau bringen, genau die gleiche Frage, weil wir dann wieder erst in drei oder fünf Jahren genügend Lehrkräfte zur Verfügung haben. Also: Machen Sie das jetzt! Punkt!

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir haben das aus pragmatischen Gründen nicht so explizit reingeschrieben, weil das Personal nicht vorhanden ist. Ich stimme den Argumenten, die ich von Professor Brinda gelesen habe, voll zu: Wir brauchen eigentlich ein solches Fach mit fünf bis sieben Stunden. – Das ist das zweite Problem, das sich für das Gymnasium und die integrierten Systeme gleichermaßen stellt: Woher nehmen wir diese fünf bis sieben Stunden? – Das heißt, diese Stunden gehen zulasten irgendwelcher anderer Fächer. Das wird eine schwierige Verhandlung werden, welche Fächer dann zurücktreten.

Aber ganz klar ist, wenn das Parlament der Meinung ist – grundsätzlich bin ich der gleichen Meinung –, müssen wir in unserem Land Nordrhein-Westfalen sehr viel tun – nicht nur bei der Ausstattung mit digitalen Medien, sondern auch bei der pädagogischen Ausstattung. Das Fach müsste also eigentlich herbei. Dann muss es aber auch in den Gesamtschulen und in den anderen Schulformen – auch in den Sekundarschulen – ein verpflichtendes Fach werden. Sonst fallen diese hinten runter. Es ist jetzt schon schwierig, die Lehrerversorgung zu bewerkstelligen. Wenn wir sie den Kräften des freien Marktes überlassen, wird jeder sagen: In einem Gymnasium ist es Pflichtfach, also muss erst das Gymnasium versorgt werden, und dann kann man auch dem

Wahlpflichtfach an anderen Schulformen noch Personal verschaffen. – Wenn Sie der Meinung sind und Professor Brinda zustimmen, dass Informatik als Pflichtfach eingesetzt werden muss, dann bitte auch an unseren Schulformen.

**Jochen Ott (SPD):** Das Letztgenannte hallt mir noch im Ohr. Aber ich bleibe erst bei meiner nächsten Frage. Wir haben nicht nur die Diskussion über die Frage: „Was passiert eigentlich bei G9?“, sondern wir hatten vor Kurzem eine größere Anhörung zu dem Thema „Einführung des Fachs Wirtschaft“ und der Frage: Wie geht man damit um? – Auch das hat viel weitergehende Auswirkungen in den anderen Schulformen als im Gymnasium selbst. Wenn man sich das im Ergebnis anguckt, hat das beispielsweise an den Gesamtschulen viel deutlichere Auswirkungen als an den Gymnasien. Das hat der Philologen-Verband in seiner Stellungnahme selber genauso geschrieben.

Sie haben gerade zum Schluss darauf hingewiesen, wenn wir dem, was Professor Brinda sagt, zustimmen, würde das bedeuten, dass wir über die Stundenverteilung reden müssen. Ich kann Ihnen mal sagen, was mir als Abgeordneter in den letzten Monaten passiert ist. Alle Anfragen von den Soziologen, den Erdkundekollegen, den Informatikkollegen haben uns erklärt, warum jeweils ihr Fach nicht eine Stunde mehr, sondern mindestens zwei Stunden mehr haben muss. Sie haben gerade gesagt, wenn wir das mit dem Fach Informatik systematisch machen wollen, müsste es zur Umverteilung kommen.

Deshalb ist meine Frage, insbesondere an Herrn Vallana, aber auch an Professor Brinda und Herrn Käuser: Sind Sie angesichts der wirklich gravierenden Veränderungen, vor denen wir stehen – Stichworte: Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, um nur einige zu nennen –, aber auch angesichts der demokratietheoretischen Voraussetzungen nicht der Meinung, dass wir eigentlich eine breite gesellschaftliche Debatte darüber brauchen, was in Zukunft in der Schule überhaupt unterrichtet werden soll? Wenn ich Kollegen Schleicher von der OECD richtig verstanden habe, sagt er: „Wissen ist über die Geräte beliebig verfügbar“, die Frage ist nur: Wie gehen wir damit um? Meine konkrete Frage lautet: Reicht das aus – kurzfristig sicher nötig, weil es neu in Kraft treten muss –, oder brauchen wir nicht einen Diskurs, und wie könnte der vonstattengehen, damit das in vernünftige Bahnen gelenkt wird?

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Ein solcher Diskurs wäre sehr wünschenswert. Es ist aber ein langer Weg, weil einfach die Schulbildung und auch die Ausrichtung der Kolleginnen und Kollegen zumindest in den letzten überschaubaren 30 Jahren fächergebunden waren. Das heißt, auch die Kollegen denken in Fächern. An unserer Schulform – das würde ich einfach mal behaupten – sind wir schon ein Stück weiter, weil wir die Pädagogik besonders im Blick haben und auch darüber nachdenken, wie wir der Heterogenität begegnen können, indem wir seit vielen Jahren fächerübergreifend Unterricht machen. Beispielsweise wird sehr häufig – zumindest in den unteren Jahrgängen – Naturwissenschaft integriert angeboten; auch Gesellschaftslehre wird integriert angeboten. Trotzdem ist es noch ein weiter Weg darüber hinaus.

Ich glaube, aus meiner Sicht müsste man zweigleisig fahren. Man sollte einen solchen Diskurs mit allen im Boot sitzenden Personen anstoßen. Natürlich müsste man eine zeitliche Perspektive haben. Man sollte aber in der Zwischenzeit sehen, dass gerade durch die digitale Offensive jetzt auch der Medienkompetenzrahmen nur sinnvoll umgesetzt werden kann, wenn an der Basis Fachinformationen verteilt werden. Da muss ich Herrn Professor Brinda zustimmen. Das geht am besten, wenn man das Fach Informatik bekäme – mit den großen Problemen, die eben geschildert worden ist, dass das Fachpersonal nicht da ist.

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Vielen Dank, Herr Vallana. Sie haben einen großen Teil meiner Stellungnahme schon vorweggenommen, den ich dazu hätte abgeben können. Es gibt noch einzelne Punkte, die ich herausgreifen möchte:

Zu dem Statement, Wissen ist beliebig verfügbar, sodass wir eigentlich fast gar keine Schule mehr brauchen, weil man alles googeln kann: Nur, weil ich jetzt eine Internetrecherche dazu machen kann, wie man Programmieren lernen könnte, kann ich es erst mal noch nicht. Das muss ich tun. Das ist wie Fahrradfahren. Es kann Ihnen jemand erklären, wie man Fahrrad fährt. Aber Sie müssen es lernen. Sie müssen umfallen, Sie müssen irgendwann auch durch unwegsames Gelände fahren. Das gilt für alle Bereiche, in denen Sie sich Inhalte und Kompetenzen neu aneignen wollen. Das geht nicht einfach nur dadurch, dass man eine gängige Suchmaschine anwirft.

Wenn man ein völlig anderes Schulsystem in den Blick nehmen kann – das habe ich in meiner Stellungnahme auch ausgeführt –, kann man das machen. Ich finde es legitim vor dem Hintergrund, dass zum Beispiel Länder wie Finnland, die in der Hinsicht schon sehr viel weiter sind als wir und ein anderes Schulsystem haben, auch andere Voraussetzungen haben, insbesondere nicht diese Fächerstrukturen wie wir. Wenn man das tatsächlich wollte, müsste man das mit allen an einem solchen Prozess beteiligten Personen ernsthaft und systematisch durchdenken und müsste dazu auch eine Kosten-Nutzen-Abschätzung durchführen.

Was bedeutet es denn, wenn wir die gesamte Lehrerausbildung im Hinblick auf ein völlig anders integriertes Schulsystem, in dem es vielleicht Fächerstrukturen im traditionellen Sinne in dieser Weise nicht mehr geben mag, komplett umbauen? Auch alle Lehrkräfte, die im Beruf sind, müssten in dieser Hinsicht weitergebildet werden. Wir haben jetzt schon an diesem kleinen Kristallisationskern, bei dem es darum geht, Informatik als eigenen neuen Fächerinhalt anhand des Medienkompetenzrahmens NRW in andere Fächer zu integrieren und bei dessen Umsetzungsversuch gesehen, dass es erst mal nicht funktioniert hat. Denn die Lehrer, die Informatik nicht als zweites Fach haben, sind dazu nicht qualifiziert – ein Physiklehrer vielleicht noch etwas mehr als ein Geografielehrer – und wissen gar nicht so recht, was sie etwa mit Programmierung anfangen sollen.

Das können Sie für alle möglichen anderen Inhalte, die im Schulsystem wichtig sind, genauso weiter durchdenken. Das Problem würde sich genauso ergeben. Wo und wie verortet man beispielsweise den Erwerb von sprachlichen Kompetenzen? Da müsste man ein ziemlich dickes Brett bohren. Ich will nicht sagen, dass es nicht sinnvoll sein

kann, darüber nachzudenken. Aber ich habe noch so ein bisschen die Erfahrung im Ohr, wie das mit der Inklusion gelaufen ist. Einer meiner Kollegen hat gesagt: Wir haben versucht, den Wagen ans Laufen zu bringen, während wir dabei waren, ihn zusammenzubauen. – Das würde ich uns ganz gerne für ein noch viel größeres Vorhaben wie dieses ersparen. Das heißt, man müsste Schulversuche starten und sich fragen: Wie könnte das tatsächlich aussehen? Was kann man alles machen? Wie kann man alle mitnehmen? Was wird das Ganze hinterher kosten? Ist man bereit, das Geld, das man dafür aufbringen muss, dafür einzusetzen, weil man denkt, dass das gegenüber dem traditionellen System einen so großen Mehrwert hat? – Das ist aus meiner Sicht eine ergebnisoffene Frage.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Ich kann mich dem anschließen, was Sie, Herr Professor Brinda, abschließend so schön formuliert haben. Das ist in der Tat ein ganz dickes Brett. Wir müssen aber auch sehen, dass wir zunächst einmal kurz- und mittelfristig dünnere Bretter bohren können. Ich finde, das kann man ganz schön bei dem Diskurs sehen, den wir auch hier inhaltlich führen, wenn wir das Fach Informatik und das Fach Geschichte betrachten. Die meisten in diesem Raum werden sich einig sein, dass das Fach Geschichte gerade vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer, weltpolitischer und sozialgesellschaftlicher Entwicklungen eine besondere Bedeutung hat – mit Blick auf Lernen aus der Geschichte, um in den Schulen aktives gesellschaftliches Partizipieren zu erlernen, und wie man das praktisch umsetzt. Das ist die eine Seite der Medaille. Insofern ist eine Stärkung des Fachs Geschichte sicher sinnvoll.

Das andere haben wir gerade umfangreich beleuchtet. Das Fach Informatik lässt einem ganz breiten Aspekt Raum, für das, was wir vor dem Hintergrund der digitalen Welt und der weiteren Entwicklung auch brauchen. Jetzt bin ich im Grunde bei der Frage. Gleichzeitig stellen wir aber dabei fest, dass die Fächergrenzen, wie wir sie tradiert kennen, an der einen oder anderen Stelle möglicherweise nicht mehr so ausreichen bzw. Überfachlichkeit und Interdisziplinarität vielleicht eine wichtige Rolle spielen.

Das heißt nicht – jetzt bin ich wieder bei den kurz- und mittelfristig zu bohrenden Brettern –, dass wir das auf die Schnelle machen sollten; da bin ich ganz bei Ihnen. Aber es erscheint mir – und das war ja Ihre Frage – definitiv sinnvoll, in den Diskurs darüber einzutreten, was wir vor dem Hintergrund der modernen gesellschaftlichen Entwicklung unter Fachlichkeit verstehen. Wo hat Fachlichkeit ihre Grenzen? Wo sind möglicherweise fachliche Grenzen neu zu definieren? Damit meine ich nicht eine Verabschiedung von Fachlichkeit und fachlicher Präzision. Dazu gehören natürlich auch – Stichwort: dicke Bretter – ganz klar die Hochschulen, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse erarbeiten. Das scheint mir auf jeden Fall sinnvoll zu sein.

Es ist außerdem wichtig, das Thema aus dem aktuellen, politischen Tagesgeschäft – dem wir alle unterliegen, weil schließlich Entscheidungen getroffen werden müssen – etwas zu entkoppeln und im Hinblick auf die Perspektiven mit einer klaren Zeitstruktur zu unterlegen.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich möchte an das anschließen, was Herr Professor Brinda in seinen letzten beiden Wortbeiträgen geäußert hat und möchte gerne dazu die Meinung von Frau Mistler hören. Sie haben sich ja sehr enthusiastisch dazu positioniert. Sind Sie der Auffassung, dass sich das Problem schon irgendwie von alleine lösen würde, wenn wir in drei Jahren Informatik zum Pflichtfach für alle machten? Wie ist Ihre Sicht aus der Praxis dazu?

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Drei Jahre werden dafür nicht reichen, das ist ganz klar. Man muss außerdem auch einmal die Frage stellen, woher wir die Informatiker nehmen sollen. Personen, die Informatik studiert haben, gehen in die freie Wirtschaft und kommen meist nicht an die Schulen. Man sollte sich einmal die Frage stellen, woran es liegt, dass wir an den Schulen keine Informatiker haben. Informatische Bildung muss aber gestärkt werden.

Herr Brinda, Sie haben soeben geschildert, dass Sie in den Kernlehrplänen, die Sie quergelesen haben, einige Aspekte vermissen. In dem Zusammenhang ist es enorm wichtig, festzustellen, was die Praxis bringt, wenn wir mittels der Unterstützung durch die schulinternen Lehrpläne in die Kernlehrpläne einsteigen. Ich glaube schon, dass man in dieser Hinsicht parallel fahren kann. Man muss dies beobachten, aber man muss auch dem neuen System, das zeitlich ohnehin schon sportlich angelegt ist, eine Chance für den Start an den Schulen geben. Außerdem muss man hinterfragen, wie man das parallel und systemisch auch im Zusammenhang mit Informatik noch unterstützen kann.

**Frank Rock (CDU):** Ich möchte das Bild des Bretts noch einmal aufnehmen. Kommen wir noch einmal zu dem Brett APO-S I/ZP 10. Ich habe das Gefühl, dass wir immer wieder abschweifen – gar nicht unsachlich, im Gegenteil: auch sehr erkenntnisreich. Allerdings verlieren wir das eigentliche Thema APO-S I meiner Meinung nach gelegentlich aus den Augen. – Vielleicht ist das auch nur meine Wahrnehmung. Frau Beer schaut in meine Richtung, nach dem Motto: Was erzählt der da?

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau!)

Frau Mistler, Herr Käuser und Herr Vallana, die APO-S I wird auch als eine bürokratische Belastung angesehen, etwa soeben von Frau Mistler, und gerade sprechen wir über das Thema „Förderpläne“ und über die Möglichkeit, sie einzurichten, allerdings nicht verpflichtend. Worin sehen Sie in dieser Hinsicht die für unsere Lehrkräfte so wichtige bürokratische Entlastung? In der APO-S I geht es auch um die ZP 10, über die sehr unterschiedliche Meinungen existieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu Stellung beziehen könnten.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Wir finden es sehr gut, dass die zentrale Abschlussprüfung ZP 10 für alle Schulformen verbindlich vorgeschrieben werden soll. Im Sinne der Gleichbehandlung innerhalb der Sekundarstufe I halten wir das für eine sehr gute Entwicklung.



Wir haben uns im Hinblick auf Förderpläne an Gymnasien zurückgehalten, weil das nicht unser zentrales Metier ist. In Bezug auf § 12 – dazu kann ich später noch einmal mehr sagen, wenn Sie mich dazu fragen – kann man natürlich anderer Meinung sein, was mit Schülerinnen und Schülern geschehen soll, die das Ziel nach der Orientierungsstufe nicht erreichen. Wir haben an unserer Schulform die Erfahrung gemacht, dass man noch mehr rausholen kann, wenn man ein Kind individuell fördert.

Natürlich sollte man nicht nur bürokratisieren und irgendwelche Normen und Pläne erstellen, die dann einfach abgelegt und nicht genutzt werden. Dazu haben alle Kollegen, egal in welcher Schulform, keine Zeit. Dennoch sollten wir den Impetus auf die Frage richten, wie man die Schülerinnen und Schüler an der Schule halten kann. Ich weiß von Kollegen an Gymnasien, dass sie das sehr häufig tun. Zumindest ein Augenmerk darauf zu richten, halten wir für sinnvoll – ohne es in Bürokratie ausarten zu lassen.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Ich schließe mich Mario Vallana an. Im eigenen Interesse wollen die meisten Gymnasien unter anderem zum Ende der Klasse 6 möglichst wenige Schüler verlieren; immerhin stehen Schülerzahlen in Relation mit Lehrerstellen – das mit einem Augenzwinkern vorneweg.

Die Idee „Förderempfehlung/Förderpläne“ kann durchaus vernünftig sein. In den letzten Jahren hat sich allerdings in Gesprächen mit den Eltern herausgestellt – und das ist auch der Grund, warum wir den Wegfall dieser Verpflichtung begrüßen –, dass die Art und Weise der vorgegebenen Struktur in den allermeisten Fällen nicht als zielführend angesehen wird. Die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen haben gerade auch vor dem Hintergrund der Standortindividualität in der Regel sehr intensive Beratungsmuster entwickelt, nach denen insbesondere mit den Eltern – und natürlich auch mit den Schülerinnen und Schülern, aber am Ende der Klasse 6 ist es vor allem eine Elternentscheidung – verfahren wird.

Wenn ich die Verpflichtung als bürokratisch bezeichne, meine ich das nicht einmal negativ. Allerdings handelt es sich eben um eine bürokratische, vorgeschriebene Struktur, die wir häufig als zeitlich sehr belastend und mit Blick auf den pädagogischen Ertrag als wenig sinnvoll erfahren haben. Insofern begrüßen wir eindeutig den Wegfall dieser Verpflichtung. Der grundsätzliche Anspruch, Förderempfehlungen auszusprechen und mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen – insbesondere auch mit ihren Eltern –, ist nach wie vor gegeben. Aber das Format als solches schien uns im Hinblick auf den pädagogischen Ertrag dazu nicht geeignet zu sein.

Zu dem Stichwort ZP 10 möchte ich noch einmal auf den Inhalt unserer Stellungnahme eingehen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir vor dem Hintergrund des besonderen Bildungsauftrags des Gymnasiums die ZP 10 grundsätzlich nicht für sinnvoll erachten. Wir haben aber auch darauf hingewiesen, dass, wenn die ZP 10 für das Gymnasium kommen sollte, sie dann auch eine besondere schulformspezifische Ausprägung haben muss. Es müssten dann diese besonderen, der Schulform eigenen Bedingungen bei der Durchführung der ZP 10 am Gymnasium berücksichtigt werden.

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Ich kann mich in dieser Frage vollumfänglich Herrn Käuser anschließen. Auch wir sehen den Wegfall der Verpflichtung zum Schreiben der Förderpläne als einen großen Erfolg im Sinne der Entlastung und Entbürokratisierung an.

Es ist mitnichten so, dass das Gymnasium nicht fördert und nicht unterstützt. Natürlich wird das an der Gesamtschule etwas anders gesehen. Aber auch wir haben die Erfahrungen gemacht, die Herr Käuser soeben sehr eindrücklich geschildert hat. Deswegen erachten wir den Wegfall der Verpflichtung zum Verfassen der Förderpläne für richtig. Die Lern- und Förderempfehlungen sind im Schulgesetz verankert, und natürlich wird die individuelle Förderung an unserer Schulform auch sehr ernst genommen werden.

Auch im Hinblick auf die ZP 10 möchte ich mich ganz umfänglich Herrn Käuser anschließen. Wir hatten ebenfalls eine spezielle Ausrichtung der ZP 10 auf das Gymnasiale gefordert.

**Helmut Seifen (AfD):** Meine Fragen richten sich an Herrn Dr. Vallana und Frau Ruffen.

Herr Dr. Vallana, finden Sie es schlüssig, auf der einen Seite die ZP 10 aus Gleichheitsgründen hochzuhalten, auf der anderen Seite aber in Ihrem Gutachten zu fordern, dass die Übergänge vom Gymnasium zur Gesamtschule möglichst nicht stattfinden sollten?

Wir sind in unserem gegliederten Schulsystem darauf angewiesen, dass die Schülerinnen und Schüler zwischen den Schulformen wechseln können. Das macht die Qualität unseres Schulsystems aus, damit die sich Kinder optimal entwickeln können: die Gliederung auf der einen Seite und die Wechselmöglichkeit auf der anderen Seite. Wie passen Ihre Forderung nach der ZP 10 aus Gleichbehandlungsgründen – ich sehe dazu keine inhaltliche Notwendigkeit – und Ihre Ablehnung des Übergangs vom Gymnasium zur Gesamtschule zusammen?

Frau Ruffen, wie sehen Sie das? Gerade Eltern sind immer sehr stark auf eine optimale Ausgestaltung der Übergangsmöglichkeiten ohne bürokratische Hemmnisse angewiesen.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Genau an dieser Stelle besteht ein systemisches Problem, ein systemisches Dilemma. Das gegliederte Schulsystem geht von der Möglichkeit der Selektion aus: Wenn eine Fehlentscheidung getroffen worden ist, kann am Ende der Orientierungsstufe in die richtige Schulform, sei es Realschule oder Hauptschule, gewechselt werden.

Das integrierte System geht davon aus, keine Schüler zu verlieren. In der Reinform verlieren wir Schüler einzig durch Umzug oder aufgrund einiger Sonderfälle. Deshalb gibt es seit 50 Jahren überhaupt kein Problem damit, dass unsere Schulen zu Beginn der siebten Klasse Schüler von Realschulen, von Gymnasien aufnehmen. Je nach Standort können wir bei sechs Zügen zwei bis sechs Schüler aufnehmen. Das haben wir immer gemacht, und das machen wir auch in Zukunft – überhaupt kein Problem.

Das Problem beginnt dann, wenn das gegliederte System nicht mehr vollständig besteht, sondern wegbricht. Sie wissen alle, dass dieses Wegbrechen an der Hauptschule bereits begonnen hat. Wenn trotz der Bemühungen der Gymnasien, ihre Kinder zu behalten, plötzlich zu viele Kinder in einer Kommune in dem gegliederten System nicht mehr aufgenommen werden können – das ist in der Vergangenheit leider passiert; das hat auch etwas mit der Flüchtlingsproblematik zu tun –, dann hat man einfach eine Klasse mehr gebildet. Unter Umständen wird also eine sechszügige Gesamtschule plötzlich siebenzünftig.

Die Pädagogen der Bezirksregierung sagen dann – und auch das Ministerium hat dazu eine Handlungsanweisung herausgegeben, was pädagogisch sinnvoll ist –, man könne nicht einfach eine „Restklasse“ mit den 20 aufzunehmenden Schülern gründen. Daraus erwächst die Forderung, die Schülerinnen und Schüler aller Klassen wieder in einen Topf zu schmeißen und neue Klassen zu bilden. Im siebten Schuljahr, in der Hochphase der Pubertät, ist das eine Katastrophe für die pädagogische Struktur der Schulen. Die Kolleginnen und Kollegen haben zwei Jahre lang versucht, aus den heterogenen Gruppen eine Klasse zu bilden, und jetzt werden sie auseinandergelassen und kommen neu zusammen. Das hat auch Auswirkungen auf den Ruf der jeweiligen Schule.

Die integrierten Systeme leben – und in diesem Fall machen sie ihre Arbeit besonders gut – von einer ausgewogenen Heterogenität der Schülerschaft, von einem Zusammenkommen leistungsstarker und leistungsschwächer Schüler.

Wenn Sie sich jetzt in die Eltern in einer Region hineinversetzen, die erleben, dass die Klassen in der siebten Klasse neu zusammengewürfelt werden, dann fragen sich doch gerade die Eltern, deren Kinder etwas leistungsstärkere Schüler sind, die vielleicht auch an einer Realschule oder an einem Gymnasium zurechtkämen, warum sie ihre Kinder nicht erst an ein Gymnasium schicken sollten. Falls sie das nicht schaffen sollten, kämen sie sowieso in das System, in dem neu zusammengewürfelt würde. Die Eltern sagen sich dann: Wenn ich mein Kind in die integrierten Schulformen bringe, habe ich doch nur Nachteile, da ich doch weiß, dass in Klasse 7 alles neu zusammengewürfelt wird.

Das ist der Grund, weshalb wir so vehement dagegen sind, dass über die normale Aufnahmekapazität hinaus, die in der Zügigkeit festgeschrieben ist, Schüler aufgenommen werden müssen. Dieser Fall tritt immer nur dann ein, wenn das gegliederte System lokal nicht mehr in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht.

Deswegen sagen wir: Hier muss § 132c ausgearbeitet werden. Wenn es, wie an einigen Orten bereits der Fall, so ist, dass es nur noch Gymnasien und Gesamtschulen gibt, dann muss man, wenn diese Schwelle überschritten wird, überlegen, ob nicht irgendwelche Formen gefunden werden können, dass auch die Gymnasien diesen Bildungsgang fortführen. Es kann nicht sein, dass dann alle an unsere Schulform kommen, in der wir ohnehin schon die Last der Inklusion tragen. Das tun wir gerne, aber sie können nicht alle zu uns kommen. Das ist der Grund, weshalb ich mich so vehement dagegen ausspreche.

**Stefanie Ruffen (Humboldt-Gymnasium Köln, Schulpflegschaft):** Ich sehe das ganz anders, weil ich denke, dass es letztendlich keine Rolle spielt, ob es sich um ein mehrgliedriges Schulsystem handelt oder um eine Gesamtschule. Wenn Kinder wechseln müssen – was traurig genug ist –, muss für diese Kinder ein Schulplatz zur Verfügung stehen.

Und wenn Sie sagen, es sind weniger Plätze, dann stimmt ja etwas in der Ausgewogenheit nicht. Da, wo Realschulen und Hauptschulen geschlossen werden, müssen mindestens in derselben Anzahl Gesamtschulplätze zur Verfügung gestellt werden.

Das ist das Problem der letzten Jahre in unserer Schulpolitik: Ja zu Gesamtschulen sagen, es aber nicht in der richtigen Geschwindigkeit machen und Haupt- und Realschulen schneller schließen.

(Helmut Seifen [AfD]: Genau!)

Wir haben in Köln zum Beispiel aufgehört, diese Schulformen zu schließen, weil wir uns des Problems bewusst sind. Wir müssen für Kinder, die das Gymnasium nicht schaffen – und das gibt es –, Plätze zur Verfügung stellen. Wir können nicht das Gymnasium zu einer Gesamtschule machen. Dann könnten wir auch das Gymnasium schließen.

Für mich macht das überhaupt keinen Sinn, und es tut den Kindern auch nicht gut. Ein Kind, das permanent überfordert ist und an seine Grenzen stößt, ist an der falschen Schulform. Manchmal erkennt man das erst später – daran tragen die Eltern oft nicht in unerheblichem Maße Schuld, wenn sie, wie ich bei Anmeldeverfahren häufig mitbekomme, ihre Kinder maßlos überschätzen.

Ich finde aber, dass die ZP10 letztendlich eine gute Sache ist, um diesen Übergang vergleichbar zu machen. Das war ja auch die Frage; denn wir sprechen ja von diesem späteren Übergang. Diese Durchlässigkeit in beide Systeme wird natürlich durch gleiche Prüfungsvoraussetzungen etc. verstärkt. Ich kann das eigentlich nur begrüßen.

Und wie gesagt: Am wichtigsten finde ich, dass für jedes Kind ein Schulplatz an der passenden Schulform zur Verfügung steht. Dann spielt es wirklich keine Rolle, wie vielgliedrig das Schulsystem ist.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Die Frage, wie konkret wir hier heute sind, will ich dem Kollegen Rock gerne beantworten. Es geht um die APO-S I, und ich kann das Ministerium bzw. die Ministerin nur bitten, auf Grundlage dieser Anhörung noch einmal eine Neuformulierung einzubringen, sodass am Ende in Sachen Informatikunterricht für alle Schulformen mindestens eine Kann-Formulierung darin steht. Das ist notwendig; denn sonst ist auch nicht vermittelbar, wie Schülerinnen beispielsweise der Schulformen für die Sekundarstufe I in die Berufsausbildung gehen sollen. Sie werden fundamental benachteiligt. Zumindest das muss eigentlich ein Ergebnis dieser Anhörung sein.

Zu den langen Linien – Herr Käuser hat das auch in meinem Sinne beschrieben –: Wir brauchen diesen Diskurs. Er hat aber auch bestätigt, dass das nicht von heute auf morgen geht. Man muss ihn zielorientiert anlegen, und ich hoffe, dass wir da einen

Schritt weiterkommen. Dann braucht man für die Schulen aber auch pädagogische Freiheiten, um bestimmte Schritte schon gehen zu können.

Wie wichtig es ist, sich auch mal die Kernlehrpläne anzusehen, hat Herr Professor Dr. Brinda schon in seiner Stellungnahme gezeigt. Deshalb möchte ich jetzt gerne Herrn Martin und Herrn Käuser fragen, ob Sie mal zum Kernlehrplan im Fach Wirtschaft-Politik in die Stellungnahmen geschaut haben. In der Anhörung, in der es um das Fach bzw. auch um Demokratiebildung ging, haben wir gehört, dass eigentlich nur der Titel etwas gedreht wurde – es tut sich gar nicht so viel.

Nun gibt es aber auch Stellungnahmen von der Gesellschaft für Soziologie und von anderen, die deutlich machen, dass wesentliche Punkte aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich herausfallen. Sind Ihnen diese Stellungnahmen bekannt, und wie bewerten Sie sie?

**Ulrich Martin (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Ich kenne diese Stellungnahme im Detail nicht, kann aber aus meiner Wahrnehmung dieses Lehrplans sagen, dass wir ihn insgesamt für ausgewogen halten und die grundsätzliche Zielsetzung, die dahintersteht – nämlich die Stärkung der ökonomischen Bildung – durchaus begrüßen.

Man kann nun trefflich über die Frage streiten, ob wir das Fach nicht besser andersherum hätten benennen sollen – Wirtschaft-Politik oder Politik-Wirtschaft –, ich meine aber, dass in dem Namen die Gleichwertigkeit beider Bereiche und das gegenseitige Durchdringen von Wirtschaft und Politik sehr gut zum Ausdruck kommen.

Insofern kann ich sagen, dass wir mit diesem Unterrichtsfach gut leben können. Das wird auch aus unserer Stellungnahme deutlich.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Die Stellungnahme ist mir bekannt, und ich habe auch den Lehrplan eingesehen. Zwar bin ich mit meinem Fach Geografie an vielen Themen nah dran, aber ich kann aus der Fachexpertise nichts zu der Frage sagen.

Was mir von den Kolleginnen und Kollegen, die sich den Lehrplan angesehen haben, rückgemeldet worden ist: Man kann im Detail durchaus Kritik äußern, ansonsten scheint dieser Balanceakt aber fachlich-inhaltlich gelungen zu sein, um es im Sinne dessen, was Herr Martin schon gesagt hat, abzubilden.

Was den Namen des Fachs angeht, bin ich ganz nah bei Herrn Martin. Man kann sicherlich darüber streiten, wie man die Schwerpunkte setzt.

Uns war wichtig, dass wir – gerade vor dem Hintergrund der Diskurse, die wir vorhin mit Blick auf Anteile von Fächern im Kanon der Schulform Gymnasium angesprochen haben – kein weiteres Fach bekommen haben. Wir konnten uns offenbar insofern mit einer gewissen Überzeugungskraft einbringen, als dass wir sagen konnten, dass ganz wesentliche Inhalte dessen, was im Hinblick auf ökonomische Bildung und Verbraucherbildung gewünscht ist, in bestehenden Lehrplänen bereits enthalten sind. Wenn man diese ergänzt, kann man auf die Einführung eines weiteren Fachs bezogen auf unsere

Schulform verzichten. Das scheint aus meiner Sicht – nicht mit Fachexpertise, aber mit Blick auf die Einschätzung des Vorstands der Westfälischen Direktoren – überwiegend gelungen zu sein.

**Gabriele Hammelrath (SPD):** Ich gehe jetzt noch mal zurück zur Einführung des Fachs Informatik. Die Experten haben immer wieder gesagt, wie wichtig es ist, hier auch Grundwissen zu erwerben – und nicht nur Anwendungswissen in einzelnen Fächern.

Bei der EU gibt es einen Referenzrahmen zu digitalen Kompetenzen – und zwar, so heißt es wörtlich, für Bürgerinnen und Bürger. Das macht schon deutlich, dass es sich nicht um einen Kompetenzrahmen handelt, der sich nur auf einen engen wissenschaftlichen Bereich bezieht, sondern hier wird davon ausgegangen, dass es eigentlich alle etwas angeht und eigentlich alle es können müssen, um in einer digitalen Welt bestehen zu können.

Meine Frage richtet sich an Frau Mistler und Herrn Professor Dr. Brinda. Sie haben beide festgestellt, dass es Elemente gibt, die noch verstärkt angeboten werden müssen und die in der Zusammenstellung in der APO-S I fehlen. Dazu würde ich gerne noch einmal etwas hören.

Und zweitens: Auf welche Niveaustufe kann man Kinder eigentlich Ihrer Ansicht nach mit dem im Moment vorgesehenen Stundenkontingent bringen? Das scheint mir ganz wichtig zu sein; denn wir wissen ja, dass die Fächer auch in einer bestimmten Konkurrenz zueinander stehen und daher nur eine ganz bestimmte Menge an Unterrichtsstunden zur Verfügung stehen wird. Was ist in diesen Unterrichtsstunden zu schaffen? Und wie sähe es in anderen Formen außerhalb des Gymnasiums aus?

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Ich muss Sie ein wenig korrigieren: Ich habe bezogen auf das Fach Informatik nicht gesagt, dass es lückenhaft ist, wenn ich mich richtig erinnere.

(Jochen Ott [SPD]: Doch! – Gabriele Hammelrath [SPD]: Die Stufen 5 und 6 seien ...)

– Ich habe gesagt, dass wir von dem Medienkompetenzrahmen ausgehen und auch erst abwarten wollen bzw. müssen, was dieser den Schülerinnen und Schülern im Zusammenhang mit Informatik in den einzelnen Fächern ermöglicht. Ich habe nicht gesagt, dass es lückenhaft ist – sonst müsste ich das zurücknehmen.

Was die Niveau- und Kompetenzstufen angeht, die Sie angesprochen haben: In dem Zusammenhang bin ich keine Fachfrau. Der Kollege Professor Dr. Brinda hat es offenbar intensiver untersucht. Ich denke aber, dass wir zu diesem Zeitpunkt – auch im Rahmen dieser Anhörung – ein bisschen zu weit gehen würden, wenn wir diese Fragen jetzt intensiv beantworten würden. Ich kann Ihnen die Frage so nicht beantworten.

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Ich möchte zunächst etwas zu dem Punkt sagen, dass man dem System

Zeit geben müsse. – Natürlich muss man dem System Zeit geben, aber man muss sich trotzdem auch auf den Weg machen, Dinge besser zu verankern, als es jetzt der Fall ist. Die Analyse der Kernlehrpläne hat gezeigt, dass Informatik nicht in der Art und Weise verankert ist, wie es zumindest seitens des Medienkompetenzrahmens vorgesehen ist.

Im Medienkompetenzrahmen steht etwas von „Modellieren und Programmieren“. In meiner Stellungnahme habe ich recht ausführlich aus dem Wahlpflichtfach Informatik zitiert. Da finden sich etwa zwölf Kompetenzerwartungen, die der Informatik zugeordnet sind. Ich trage Ihnen einfach mal einige vor:

Sie erstellen informatische Modelle zu gegebenen Sachverhalten. Sie analysieren und bewerten Informatiksysteme auch unter dem Aspekt der zugrunde liegenden Modellierung. Sie interpretieren Ergebnisse von Implementierungen.

Das alles sind Dinge, zu denen ich nicht wüsste, wo ich sie in irgendeinem anderen Fach finden könnte. Das sind Aspekte, die ganz klar und unzweifelhaft der Informatik zugeordnet sind.

Ein Hauptproblem des Medienkompetenzrahmens ist meiner Ansicht nach, dass er zu unspezifisch ausfällt. Was heißt denn „Modellieren und Programmieren“? Kann ich sagen, dass ich für mich einen Haken daran setzen kann, wenn ich in der Lage bin, einen LEGO-Mindstorms-Roboter einen Meter nach vorne und zwei Meter nach links laufen zu lassen? Kann ich dann programmieren? Oder kann ich programmieren, wenn ich in der Lage bin, eine App zu programmieren?

Das sind natürlich zwei unterschiedliche Enden eines großen Spektrums. Es soll aber deutlich machen, dass völlig unspezifisch bleibt, was man da eigentlich anvisiert. Es wäre ungefähr so, als würde man sagen, man könne Englisch sprechen oder hätte eine Grundbildung in Englisch, wenn man „Hello, how are you?“ sagen kann. Genauso ist es, wenn man den Roboter einen Schritt nach vorne und zwei Schritte nach links gehen lässt.

Zu den Kompetenzstufen: Die Frage ist immer, auf welche Kompetenzstufen man sich bezieht. Es gibt ja beispielsweise nationale und europäische Kompetenzrahmen, auf die man sich beziehen könnte. Über das Niveau A, bei dem man von Grundschulniveau sprechen würde, wird man bei diesem fächerintegrierten Ansatz meiner Einschätzung nach nicht hinauskommen. Wenn es das Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler auch in der Sekundarstufe I nur Grundschulniveau erreichen sollen, dann sind Sie hier auf dem richtigen Weg.

**Frank Rock (CDU):** Meine erste Frage ist eine rhetorische Frage. Ich wusste nicht, dass die APO-S I so viel mit den Kernlehrplänen zu tun hat. Mir war bis dato nicht bewusst, dass das ein Eckpunkt ist. Das zu bohrende Brett heißt aber APO-S I und nicht Kernlehrpläne.

Frau Beer, § 32 besagt: Zustimmung des für Schulen zuständigen Landtagsausschusses – Zustimmung. Wir führen hier keine Beratung im Sinne eines Ausschusses durch, sondern ziehen Sachverständige heran und können der APO-S I am Ende zustimmen

oder nicht. Das ist der Ablauf und deshalb weiß ich nicht, warum Sie hier jedes Mal ein Fass aufmachen.

Meine Fragen, bei denen es mir um den Prozess der APO-S I und der Änderung von G8 auf G9 geht, richten sich an Herrn Funken und Frau Mistler. Als wir als Landesregierung angefangen haben, G9 wieder einzuführen, haben wir uns alle sehr viel Sorgen wegen der Zeit gemacht. Verbandsvertreter sagten uns, dass die Änderungen bei der APO-S I und den Kernlehrplänen in der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich zu schaffen seien – jetzt befinden wir uns auf der Ziellinie.

Herr Funken, Frau Mistler, bitte berichten Sie aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus, wie der Prozess verlaufen ist: Wie war das in den Kollegien? Gab es Angst? Gibt es sie immer noch? Hat sie sich verändert?

**Jan Funken (Städtisches Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium Mönchengladbach):** Den Kolleginnen und Kollegen ist natürlich noch gut in Erinnerung, wie die Umstellung von G9 auf G8 gelaufen ist. Das steckte uns allen natürlich noch in den Knochen, als klar wurde, dass es wieder auf G9 hinausläuft. Man muss aber ganz klar sagen, dass die Leitentscheidung sehr begrüßt wurde. Gymnasien hätten zwar mit G8 gut weiterarbeiten können, sind aber froh, dass es zurück zu G9 geht – schon deshalb, weil dann diese leidigen Grundsatzdebatten und die ständige Unruhe ein Ende haben.

Von den Kollegien bzw. Schulleitungen weiß ich, dass sie sich von Anbeginn an ernst genommen fühlten. Zugleich wurde der Kommunikationsprozess als transparent und offen empfunden, sodass man sich bestmöglich informiert und mitgenommen fühlte. Wir hatten den Eindruck, dass sich der Duktus ein Stück weit geändert hat. Es kam also zu keiner Zeit das Gefühl auf, nicht zu wissen, was passiert und deshalb in den Sommerferien übermäßig viele Überstunden schieben zu müssen, um pünktlich zum neuen Schuljahr adäquat arbeiten zu können.

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** In den Kollegien herrscht der Wunsch nach Ruhe und Kontinuität vor. Die anfänglichen Sorgen wegen etwaiger Mehrbelastung sind jetzt völlig vom Tisch. G9 wurde von vielen Kollegen und Kolleginnen bejubelt; aber sie wollen jetzt auch anfangen.

Die Rückmeldungen zur neuen APO-S I sind auch nach den leichten Modifizierungen durchweg positiv. Die Schulen schätzen die jetzt vorliegende APO-S I für Gymnasien als absolut machbar ein und freuen sich darauf, anfangen zu können – das müssen sie auch dringend tun. Sie sind vor allem froh, dass die Landesregierung über QUALiS die schulinternen Lehrpläne zur Verfügung stellen wird, da das eine weitere Entlastung bedeutet. Nicht nur der Wegfall der Förderpläne, sondern auch die Entlastung durch die jetzt nutzbaren schulinternen Lehrpläne ist sehr wichtig für unsere Kollegen und Kolleginnen. – Aus den Schulen gibt es also durchaus positive Signale.



**Helmut Seifen (AfD):** Ich muss mich jetzt entscheiden; ich hätte noch Fragen zu Biologie, Geschichte usw., finde aber die zu den Ergänzungsstunden wichtiger und stelle sie deshalb voran.

Es gibt ungefähr die gleiche Stundenzahl; 180, früher 179. Es sind nicht zwangsläufig zehn oder zwölf Ergänzungsstunden sondern null bis acht. Jedes Gymnasium kann also entscheiden.

Herr Funken, Frau Mistler und Frau Ruffen als Elternvertreterin: Haben Sie schon eine Idee, wie Sie es mit den Ergänzungsstunden halten werden? Wahrscheinlich wird es in den Schulkonferenzen und im Vorfeld in den einzelnen Gremien wieder tolle Diskussionen geben. Man kann die ja sehr unterschiedlich einsetzen. Halten Sie das für erforderlich – zwei sind schon für die dritte Fremdsprache notwendig –, und haben Sie aufgrund der Erfahrungen aus dem G8-Bereich eine Idee, wie Sie die einsetzen wollen?

**Jan Funken (Städtisches Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium Mönchengladbach):** Wir haben tatsächlich konkrete Vorstellungen, wie wir mit den Ergänzungsstunden verfahren wollen. Als MINT-EC-Schule haben wir eine relativ umfangreiche Programmatik, sind breit aufgestellt und haben ein großes Angebot; zudem sind wir eine Ganztagschule. In diesem Zusammenhang versuchen wir, den Kindern im Rahmen eines MINT-Zweigs Zusatzunterricht angedeihen zu lassen, außerdem bieten wir jetzt auch einen bilingualen Bildungsgang an. Im Wahlpflichtbereich II gibt es bei uns die sogenannte Junior-Ingenieur-Akademie, die mit einer Stunde mehr gefahren werden muss, als die anderen Fächer in diesen Wahlpflichtbereich. Mit den zehn bis zwölf Ergänzungsstunden haben wir bislang in jedem Schuljahr auch eine Förderstunde für die Kinder eingerichtet.

Problematisch ist, dass wir mit den acht Stunden nicht hinkämen, wenn wir alles anbieten wollen würden. Wir versuchen nämlich auch, die Fächer Kunst und Musik in der Erprobungsstufe gleich zu behandeln und – in Anführungszeichen – glatt zu ziehen. Aufgrund unserer Schulprogrammatik wollen wir das Fach Biologie im Mittelstufenbereich auch noch um eine Stunde stärken.

Wir stehen also vor der Aufgabe, Prioritäten setzen zu müssen. Wir haben den Vorteil, dass wir eventuell Stunden des Ganztagszuschlags so verwenden können, dass den Kindern alle vorgesehenen Angebote zur Verfügung stehen. Diese Möglichkeit haben natürlich nicht alle Schulen. Aber auch wir hätten uns tatsächlich mehr Ergänzungsstunden vorstellen können.

**Stefanie Ruffen (Humboldt-Gymnasium Köln, Schulpflegschaft):** Ich berichte jetzt ganz konkret von der Schule, an der ich Schulpflegschaftsvorsitzende bin. Wir haben dort schon seit 51 Jahren einen Musikzweig; für die zusätzlichen Angebote im Musikbereich werden alle Ergänzungsstunden gebraucht. Schon vor zwei oder drei Jahren – also bevor überhaupt die Rückkehr zu G9 diskutiert wurde – haben wir uns auf den Weg gemacht, auch ein Profil mit Schwerpunkt für den A-Zweig – die Schüler sagen immer die „Die Normalen“ – zu entwickeln.

Vor einigen Jahren haben wir auch einen Ganzttag implementiert, für den mit einem multiprofessionellen Team gearbeitet wird und in den die Lehrer gar nicht oder nur sehr rudimentär eingebunden sind. Um sie zu entlasten, ist das so viel wie nötig und so wenig, wie nur geht. Dort gibt es alle Angebote, die man nicht mithilfe der Ergänzungsstunden – auch der reduzierten – unterbreiten kann. Der Ganzttag wird von 99,5 % der Kinder besucht, sodass wir eigentlich alle erreichen. Wir können damit wunderbar arbeiten und haben eigentlich auch schon alles ausklamüsert. Wir hoffen, dass sich nichts mehr ändert und das Gesetz so durchkommt.

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Die null bis acht Ergänzungsstunden halten wir für angemessen, da wir dank der Flexibilisierungsmöglichkeiten, die wir jetzt haben, zwei Stunden in die Unterstufe schieben können. Die Rückmeldungen sind sehr positiv, weil die Schulen so ihre Profile besser ausrichten können. Das entspricht dem ausdrücklichen Wunsch vieler von uns befragter Schulleiter und Koordinatoren.

Ebenfalls sehr hilfreich ist die Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten der Ergänzungsstunden auf Unterrichtsstunden. Diesbezüglich gibt es ebenfalls positive Rückmeldungen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die null bis acht Ergänzungsstunden nach wie vor den Halbttag möglich machen, was für unsere Schulform – entsprechend des Koalitionsvertrags – nicht ganz unwesentlich ist.

Ich gebe der Mutter und Elternvertreterin recht, dass die Profile erstens machbar sein müssen ... – Jetzt habe ich den Faden verloren. Ich beende mein Statement hier erst einmal.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Im Zweifelsfall kommen bestimmt Nachfragen, Frau Mistler.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich möchte ein Thema vertiefen, dass eben schon am Rande von Herrn Dr. Vallana und Frau Ruffen angesprochen wurde. Ich würde gerne von Ihnen hören, was sie über die Verlegung der zweiten Fremdsprache in die siebte Klasse – insbesondere vor dem Hintergrund der Durchlässigkeit unseres Schulsystems und möglicher Schulwechsel – denken.

**Stefanie Ruffen (Humboldt-Gymnasium Köln, Schulpflegschaft):** Persönlich habe ich eine andere Meinung dazu, aber die persönliche Situation sollte man ausblenden. Die meisten Eltern begrüßen das sehr, da sie den Eindruck hatten, dass viele Schüler damit überfordert waren, so schnell hintereinander mehrere Fremdsprachen zu lernen. Hinzu kommt tatsächlich die Durchlässigkeit, weil der Vergleich mit anderen Schulen wieder besser möglich ist.

Die Unterrichtsinhalte in den Fächern waren nicht optimal aufeinander abgestimmt. Ein ganz banales Beispiel: In Latein hat man sich mit Grammatik befasst, die die Kinder in Deutsch noch nicht gelernt hatten. Das hat den Lateinern zwar später einen

Vorteil gebracht, aber die Verwirrung aller Beteiligten vergrößert. Dass derartige Dinge geheilt werden, finde ich sehr gut.

Die Kinder bekommen mehr Zeit, und ich meine, das tut allen Sprachen gut. Da ich Englisch in der Grundschule nicht zum Spracherwerb zähle, war der Rhythmus, unter Berücksichtigung der Differenzierungskurse im achten Schuljahr, wie folgt: eine neue Sprache im fünften Schuljahr; dann das sechste, achte und zehnte Schuljahr.

Da wird nicht viel angekommen sein, und ich finde es gut, dass das jetzt wieder ein bisschen entzerrt wird. Meiner Ansicht nach stehen auch die meisten Eltern und Lehrer für Sprachen dahinter.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Wie bei den Gymnasien gab es auch in unserem Kollegium einen Zwiespalt. Die Sprachlehrerinnen und -lehrer hätten die weitere Fremdsprache gerne so früh wie möglich unterrichtet.

Die pädagogischen Argumente haben dann aber die Oberhand gewonnen. Die Mehrheit war – wie auch meine Vorrednerin – der Auffassung, dass es aus systemischen Gründen besser für das Zusammenwachsen der Klassen sei, in den Schuljahren sieben und neun mit der zweiten und dritten Fremdsprache zu beginnen. Sonst wurden nämlich immer schon nach einem halben Jahr, vor Ostern, die Entscheidungen getroffen, ob die Kinder im sechsten Schuljahr eine weitere Fremdsprache nehmen.

Es ist also aus zwei Gründen sinnvoller, die zweite und die dritte Fremdsprache im siebten und im neunten Schuljahr zu lehren: Zum einen, um mehr Ruhe zu haben und zum anderen, weil sich die Durchlässigkeit verbessert, wenn das in allen Schulformen gleich gehandhabt wird.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Zu dem, was Herr Käuser und Herr Martin zu den Kernlehrplänen gesagt haben: Wenn ein Fach neu formiert wird, ist es wichtig, zu schauen, was dann darin steckt. Interessanterweise habe ich von einzelnen Kollegen und Kolleginnen aus den Gymnasien etwas differenziertere Rückmeldungen im Sinne von „Na ja, hätte schlimmer kommen können“ erhalten; sie hätten gedacht „Wer weiß, was drinsteckt“.

Und die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung ist der Ansicht, dass die politischen und gesellschaftlichen Lehrinhalte sich auf Grundlagen beschränkten. Sie beklagen, dass die EU auf die Währungsunion reduziert und nicht im soziokulturellen Kontext diskutiert werde. Zudem müsse man ökonomische Inhalte auf den Bildungsgehalt prüfen. – Das waren in etwa die Rückmeldungen.

Nun gehe ich auf einen ganz anderen Aspekt der APO-S I ein. Zur Frage, wie das Fach Wirtschaft/Politik bei den integrierten und anderen Schulformen weiterentwickelt wird, werden wir uns sicherlich noch einmal sprechen.

In § 1 Abs. 4 APO-S I geht es um die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern und Gemeinsames Lernen:

Übersteigt die Zahl der Anmeldungen die Kapazität der Schule zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung, entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter über die Aufnahme gemäß den schulrechtlichen Vorgaben. Das bedingt natürlich die Vorgaben durch die Schulaufsichtsbehörden hinsichtlich der den Wohnungen der Kinder nächstgelegenen allgemeinen Schulen.

Die Praxis sieht derzeit aber so aus, dass die Kinder mit Beeinträchtigungen den Schulen des integrierten Lernens zugewiesen werden und dass die Schulleitungen – so meine Rückmeldungen – überhaupt nicht mehr, wie es in der APO-S I vorgesehen ist, entscheiden können.

Ist dieser Eindruck zutreffend? Das sind jedenfalls die Rückmeldungen von Gesamtschulleitungen, die sagen: Wir haben überhaupt keine Aufnahmekompetenz mehr, weil wir die Kinder nehmen müssen.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Mir ist jetzt nicht ganz klar geworden, Frau Beer, an wen sich diese Frage richtet.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** An Herrn Dr. Vallana.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Das wird, wie vieles im Land, in den 53 Schulbezirken unterschiedlich gehandhabt. Es gibt die Situationen, die genauso sind, wie Frau Beer das geschildert hat, dass die Schulleitung überhaupt keine Wahlmöglichkeiten mehr hat. Dort werden die Kinder von der Unteren Schulbehörde zugewiesen.

An vielen Stellen im Land ist das bei den zieldifferenten Kindern der Fall. Bei den zielgleichen Kindern macht die Untere Schulaufsichtsbehörde den Eltern Vorschläge. Dann haben die Eltern immer noch die Möglichkeit, ihr Kind einfach an einer anderen Schule anzumelden. Da ist es dann aber so, dass man als Schulleiter nicht wie bei den anderen Fällen die Entscheidung selbst treffen kann, sondern es wird immer von einer Rückkopplung ausgegangen.

Hintergrund ist ja, dass die Zahl der Plätze vorgegeben ist. Dann wird versucht, das Ganze zu koordinieren. Bei dieser Koordination passiert es, dass die Möglichkeit der Aufnahme des Schulleiters in der Regel sehr stark eingeschränkt ist, bis dahin, wie es Frau Beer geschildert hat, dass in ganz vielen Fällen im Prinzip überhaupt nicht mehr ausgewählt werden kann. Es geht dann in erster Linie darum, die Kinder überhaupt unterzubringen.

**Jochen Ott (SPD):** Ganz kurz ein erklärendes Wort an den Philologen-Verband dazu, was wir vorhin meinten. Es ging darum, was Sie in Ihrer eigenen Stellungnahme bezogen auf den Medienkompetenzrahmen für das Fach Englisch geschrieben haben. Sie haben kritisiert, dass die Stufen 5 und 6 nicht erreicht werden; die Stufe 6 wäre vielleicht noch verzichtbar, die Stufe 5 aber in keinem Fall. In der Stufe 6 könnte das Ganze fachlich eventuell überwältigen.

Ich möchte an diesem Beispiel mit dem Fach Englisch erklären, warum wir diese Frage gestellt haben. Wir hatten nicht die Gelegenheit – und das ist auch nicht die Aufgabe dieser Anhörung –, darüber zu diskutieren, aber wir wissen, dass G8 insbesondere ökonomisch getrieben war, und zwar bundesweit. Wir haben jetzt wieder eine Chance, ein Jahr mehr Schule, ein Jahr mehr Bildung zu organisieren.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die Anhörung in der letzten Woche zurück, Herr Käuser. Da haben wir festgestellt, dass es zwar immer schön ist, sich im gesetzlichen Rahmen zu bewegen, aber der Gesetzgeber – das haben Sie uns als Experten gesagt – hat auch die Aufgabe, nach vorne zu schauen. Und jetzt bin ich wieder bei dem „dicken Brett“ von eben. Meine Frage geht an Herrn Dr. Vallana, Herrn Käuser und an Frau Mistler.

Sie alle haben gesagt, dass einerseits Ruhe in der Schule ein wichtiger Faktor ist, um zu stabilisieren und nach den Diskussionen der vergangenen Jahre Planungssicherheit zu geben, und dass andererseits nicht nur im Fach Informatik, sondern auch in anderen bedeutsamen Fächern wie Chemie usw. ein enormer Fachlehrermangel herrscht und die Wirtschaft diese Fachleute natürlich attraktiver bezahlt als die Schulen.

Wir müssen das von Professor Brinda beschriebene Fach Digitalisierung/Informatik nicht nur als Fach implementieren, sondern wir müssen es auch in die anderen Fächer implementieren. Wir müssen über die Frage reden, wie viel Wirtschaft und wie viel Politik angesichts der Angriffe auf die Demokratie in der Schule notwendig sind. Uns erreichen Forderungen, die Fächer Recht und Verbraucherkunde deutlich stärker zu positionieren. Uns wird gesagt, wir müssten „Fridays For Future“ stärker in themenüberschreitenden Fächern zusammenbinden.

Halten Sie es vor diesem dargestellten Rahmen für sinnvoll, dass man sich in Form einer Enquetekommission oder Expertenkommission – wie auch immer – diesen Fragestellungen noch einmal gemeinsam nähert, um sich darüber zu verständigen, was denn eigentlich zielführend ist? Das gilt unabhängig davon, dass – da haben Sie natürlich recht; darum ist die Aufregung so groß, und deswegen sind so viele Leute aus dem Ministerium da – das G9 losgehen soll und dass ein Recht auf Planungssicherheit besteht.

Macht es vor dem Hintergrund dieser Überlegungen Sinn, sich mit dieser Frage noch einmal systematisch zu befassen? Wir merken dass wir an Grenzen stoßen, wenn wir weiter so agieren wie im Moment. Jedenfalls theoretisch gibt es von allen Seiten Anfragen an das humboldtsche Bildungssystem, und eine Studentafeldiskussion wie vor 200 Jahren ist dem 21. Jahrhundert vielleicht nicht mehr angemessen. So hat es jedenfalls die Professorin in der Wirtschaftsanhörung formuliert und eine entsprechende Forderung an uns gerichtet.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Das mache ich doch gern. Sie haben mir da allerdings einige richtig große Brocken hingeworfen.

Ich fange mal mit dem größten Brocken an, nämlich mit dem, was Sie als „dickes Brett“ bezeichnet haben. Ja, ich denke, wir brauchen diesen gesellschaftlichen Diskurs vor

dem Hintergrund der Tatsache, dass wir eine gewisse Tradition darin haben, dass politisch intendiert, zum Teil mit Regierungswechsel verbunden, also mit Veränderungen der politischen Konstellationen, Schule immer ein Feld war, in dem man sehr schnell neue Handlungsentscheidungen getroffen hat, vor dem Hintergrund von Erkenntnissen, vor dem Hintergrund besten Wissens und Gewissens:

Das alles hat, glaube ich, etwas mit dem Bedürfnis der Lehrerinnen und Lehrer zu tun, übrigens auch der Schulleitungen, zur Ruhe zu kommen. Ruhe darf aber keine Grabruhe bedeuten. Ruhe darf nicht heißen, da jetzt einen Deckel drauf zu machen, und dann war es das. Der gesellschaftliche Diskurs ist sehr, sehr wichtig.

Gleichwohl stehen wir in der Notwendigkeit und in der Verpflichtung, dass wir noch ganz viele alltägliche Probleme lösen müssen. G8/G9 ist dafür ein gutes Beispiel. Sie haben es selbst einleitend gesagt. Vor 14,15 Jahren gab es einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass offensichtlich G8 besser war als G9. Heute wissen wir, dass das nicht tragfähig ist. Wir haben es mit neuen gesellschaftlichen Konstellationen zu tun, die das zusätzliche Schuljahr wünschen. Dem ist jetzt Rechnung getragen worden.

Uns wird auch in irgendeiner Form die Frage der Schulstrukturentwicklung wieder einholen. Wohin soll der Weg gehen? Herr Dr. Vallana hat vorhin beschrieben, wie es mit den Standortunterschieden aussieht. Das hat etwas mit allen beteiligten Systemen zu tun. Wenn ein Gymnasium mit einer Gesamtschule die beiden einzigen Vertreter dieser beiden Systeme darstellen, dann müssen wir darüber nachdenken, wie die Ressourcenfrage gelöst werden kann. Da gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen im Land.

Was ich damit sagen möchte, ist Folgendes: Wir haben noch viele wichtige Baustellen, die auch die Wege in die Zukunft strukturell ebnen und anlegen müssen. Mir scheint ganz wichtig zu sein – und da schließe ich an das an, was ich vorhin an anderer Stelle schon einmal sagte –, dass wir in einen gesellschaftlichen Diskurs über die Frage einsteigen, wo Schule perspektivisch hin soll. In welche Richtung wollen wir Schule entwickeln?

Es geht um die zum Teil tagespolitischen und auch situativ bedingten Überlegungen, die manchmal ein bisschen in dem Verdacht stehen, eine gewisse Kurzfristigkeit zu haben. Von meiner Seite aus: Ja, ich halte das für eine gute Vision.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Ich kann mich dem Gesagten anschließen. Ich hatte vorhin schon einmal gesagt, dass wir aus meiner Sicht zweigleisig fahren müssen.

Viele Schulen sind schon weiter als das Schulsystem, wenn ich das mal so platt ausdrücken darf, und zwar unabhängig von der Schulform. Es gibt schon Schulen, die sich viele Gedanken darüber machen, wie man die Kinder und Jugendlichen in mehr Eigenverantwortung bekommt. Da existieren die unterschiedlichsten Modelle. Lernbüros sprießen, wo man verstärkt Eigenverantwortung auf die Schüler überträgt. Dort kann man die normalen Zeitrahmen sprengen; dort können die Schüler entscheiden, ob sie mehr für das Fach Englisch, für das Dach Deutsch oder für andere Fächer machen, je

nach Bedarf. Dort werden sie auch unterstützt. Es gibt also durchaus schon Ansätze zu einer Überwindung der engen Grenzen.

Die Digitalisierung hat aus meiner Sicht einen großen Charme. Ich glaube, dass die Digitalisierung das Schulleben viel stärker verändern wird als ganz viele andere Reformen in der Vergangenheit. Voraussetzung ist natürlich, dass das Ganze wirklich gut umgesetzt wird. Von daher halte ich es für sehr sinnvoll, eine solche Kommission einzurichten.

Man muss sicher eines bedenken: Sie als Politiker denken natürlich gerne im Fünfjahresrhythmus. Das verstehe ich; das gehört zu Ihrem Job dazu. Ein solches Vorhaben sollte auf der einen Seite ohne zu starken Zeitdruck erfolgen; nicht also, dass Sie meinen, Sie müssten unbedingt bis zum Ende der Legislaturperiode etwas vorweisen können. Auf der anderen Seite haben wir aber auch nicht beliebig viel Zeit.

Es ist also wichtig, einen guten Plan aufzulegen und die Player mit ins Boot zu holen. Zudem ist es auch sinnvoll, dass man sich hinsichtlich der Machbarkeit einer konkreten kurzzeitigen Umsetzung keine allzu engen Grenzen auferlegt, damit man wirklich auf neue Gedanken kommen kann. Die Digitalisierung wäre sicherlich ein sehr guter Aufhänger, um das Ganze noch einmal neu zu denken. Das hielte ich schon für spannend.

Wir müssen allerdings auch unseren Alltag leben. Ich fand es insofern gut, dass die APO-S I innerhalb der kurzen Zeit so auf den Weg gebracht wurde, wie es hier passiert ist. Darin sind sehr viele Dinge meiner Meinung nach gut geregelt – nicht alles, aber doch sehr vieles. Es ist wichtig, dass man im Alltag in der Realpolitik weiterkommen kann.

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Ich frage mich an dieser Stelle: Was ist zielführend? Wer führt diesen Diskurs? Ich glaube nicht, dass wir diesen Diskurs nur hier führen müssen; das ist vielmehr ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs.

Auf der anderen Seite muss das System funktionieren; es muss laufen. Ich denke, wir werden so schnell keinen gemeinsamen Nenner finden. Das klingt hier für mich ein bisschen so, als wenn wir in der Schule einen Stand hätten, der nicht veränderbar ist. Es ist doch ganz klar, dass die Schule eben kein statisches Gebilde ist, dass auch die Kernlehrpläne nicht statisch sind, und dass das, was Lehrer umsetzen sollen, angemessen angepasst wird.

Insofern: Ja, wir können einen Diskurs führen. Den führen wir aber meiner Ansicht nach tagtäglich. Wir sind immer in der Lage, etwas der Situation entsprechend anzupassen. Da ist auch die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer, der Kolleginnen und Kollegen ganz wichtig, die diesen Diskurs mitmachen. Das müsste auf jeden Fall parallel weiterlaufen. Ein Diskurs darf nicht dazu führen, dass wir den Prozess nicht in Gang setzen.

Gestatten Sie mir bitte noch eine Aussage: Die Fragestellung, die Sie eben an mich gerichtet haben, haben Sie nicht bezogen auf eine Stellungnahme zum Kernlehrplan im Fach Englisch. Sie hatten das allgemein bezogen auf meine tatsächliche Äußerung hier im Raum. Das wollte ich nur kurz richtigstellen.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Ich schaue mal: Gibt es weitere Fragen in dieser Runde?

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Ich werde schon strafend angeblickt, weil ich noch eine Frage stelle. Ich habe aber nur eine ganz kurze Frage, quasi als Zusammenfassung der heutigen Anhörung zur APO-S I. Ich möchte Ihnen eine Plasberg-Frage stellen: Wenn Sie jetzt an unserer Stelle wären, hier im Schulausschuss, ohne Möglichkeit der Aussprache, und Sie dürften keine Änderung vornehmen, sondern nur mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen – wie würden Sie abstimmen? Jetzt werfe ich einen liebevollen Blick in Richtung der Ausschussvorsitzenden: Wenn nur Ja, Nein oder Enthaltung als Antwort möglich ist, darf ich dann diese Frage ausnahmsweise an alle sechs Anzuhörenden stellen?

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Wir sind hier ja äußerst tolerant; Sie dürfen. – Herr Dr. Vallana, Sie dürfen jetzt starten.

**Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen):** Ja.

**Jan Funken (Städtisches Mathematisch-Naturwissenschaftliches Gymnasium Mönchengladbach):** Ja.

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Enthaltung.

**Stefanie Ruffen (Humboldt-Gymnasium Köln, Schulpflegschaft):** Ja.

**Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung):** Ja.

**Sabine Mistler (Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen):** Ja.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass es allen um Verlässlichkeit geht. Natürlich braucht man die Grundlagen für ein Schuljahr, aber man braucht auch eine verlässliche politische Linie. Es geht nicht darum, dass wir wie Kommando Pimperle in den Legislaturperioden einmal hü und einmal hott in Bewegung sind.

Es ist ein Bedarf von Schule insgesamt – so habe ich Herrn Käuser verstanden –, dass wir die Diskussion angehen müssen, und zwar gemeinsam mit den Eltern und den Verantwortlichen in der Schule, mit der Zivilgesellschaft und mit dem Parlament. Welche Form wir dann finden, das wird noch ein Punkt sein, den wir sicherlich miteinander beraten sollten, auch mit allen Verbänden.

Meine Frage geht jetzt noch einmal an Herrn Prof. Brinda. Können Sie eine Prognose sagen, wenn wir also eine klare Zielperspektive für alle Schulformen aufmachen – wir



brauchen mehr Lehrkräfte: Welche Kapazitäten für Zertifikatskurse, Weiterqualifikation bietet die Hochschullandschaft in NRW, bzw. was brauchen Sie dazu, um Kapazitäten aufzubauen?

**Prof. Dr. Torsten Brinda (Universität Duisburg-Essen, Lehrstuhl für Didaktik der Informatik):** Ja, das ist eine sehr gute Frage. Da muss man schon ein bisschen in die Glaskugel schauen. Ich habe in Vorbereitung auf diese Sitzung Folgendes gemacht. Ich habe gesagt: Wenn man jetzt einmal den Idealzustand anvisieren würde und sagen würde, ein Fach Informatik würde ähnlich ausgestattet sein wie im Durchschnitt die naturwissenschaftlichen Fächer, dann kann man in die Schulstatistik Nordrhein-Westfalen schauen, kann sich anschauen, wie viele Lehrkräfte es an den verschiedenen Schulformen für die einzelnen Fächer gibt, und kann dann da zum Beispiel entweder einen Durchschnitt bilden oder man kann sagen: Da, wo der kleinste Wert steht, das wäre etwas, womit man zurechtkommen würde.

Wenn man das über alle Schulformen – ich habe das einmal gerechnet für Hauptschule, Realschule, Sekundarschule, Gesamtschule, Gymnasium – aufsummiert, käme man bei einem Vergleich der vorhandenen Informatiklehrkräfte zu dem Durchschnitt der vorhandenen naturwissenschaftlichen Lehrkräfte auf einen Bedarf von 6.000 Lehrkräften, würde ich grob vielleicht schätzen. Wenn man das Minimum zugrunde legen würde, wären es vielleicht 4.000, über alle Schulformen gleichermaßen hinweg. Das wäre auch schon das Maximum. Ich habe auch gesagt, dass wäre vielleicht das Ziel, was man als Endausbaustufe vielleicht anvisieren könnte, was aber nicht von heute auf morgen geht.

Wenn man sagen würde, man würde sich zunächst einmal bei einzelnen Schulformen auf den Weg machen oder man würde zunächst einmal sagen, vielleicht nicht sieben Stunden am Anfang, sondern vielleicht nur zwei Stunden am Anfang, dann kann man kleinere Schritte gehen. Wir haben, glaube ich, sieben Informatik-Didaktik-Einrichtungen an den nordrhein-westfälischen Universitäten, die alle von ihren Kapazitäten her beileibe nicht ausgelastet sind aufgrund des relativ kleinen Fachs. Das heißt also, wir könnten da ohne Probleme sicherlich auch nachqualifizieren, könnten uns da sicherlich entsprechend wieder beteiligen.

Welcher zusätzliche Bedarf sich da jetzt in den Bezirksregierungen für Zertifikatskurse ergeben würde, das müsste man im Einzelnen durchrechnen. Da kann ich jetzt keine genaueren Angaben an der Stelle machen. Aber, wie gesagt, in Bayern beispielsweise hatte man das gleiche Problem. Da sind an den verschiedenen Standorten jeweils 200, 300 Lehrkräfte nachqualifiziert worden, teilweise waren es vielleicht auch mehr – und das über mehrere Jahre hinweg. Wenn man das will, wird man einen Weg finden. Ich kann Ihnen sicherlich auf die Hand hinaus versprechen: Die nordrhein-westfälischen Informatik-Didaktiker sind alle dazu bereit. Wir wollen uns da ja engagieren. Wenn man uns ruft und sagt, „wir möchten uns auf den Weg begeben, helft uns“: Rufen Sie uns! Wir kommen, kein Thema!

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Das könnte fast ein schönes Schlusswort sein. Das war es offenbar auch. – Ja, dann darf ich mich bei den Damen und Herren ganz herzlich

im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen für das bedanken, was Sie uns heute an Wissen angeboten haben.

Wir danken für den Weg, den Sie auf sich genommen haben, und Ihre Zeit, sagen Ihnen auf Wiedersehen. Ich denke, die Wege werden sich im Laufe der Zeit immer wieder kreuzen.

Ich darf Sie darüber in Kenntnis setzen, dass wir vom Sitzungsdokumentarischen Dienst die Information haben, dass wir in der letzten Juni-Woche die Mitschrift bekommen können. Das weitere Beratungsverfahren sieht so aus, dass wir die Abstimmung und die Auswertung der Anhörung am 3. Juli im Ausschuss für Schule und Bildung vornehmen werden.

Ich darf mich dann bei allen Damen und Herren hier im Saal für das Miteinander bedanken und wünsche Ihnen einen angenehmen Tag und sage zum Teil: bis morgen. Einen angenehmen Heimweg vor allen Dingen für Sie, verehrte Damen und Herren Sachverständige. – Ich schliesse die Sitzung.

gez. Kirstin Korte  
Vorsitzende

**Anlage**

28.05.2019/28.05.2019

73

Stand: 21.05.2019

**Anhörung von Sachverständigen**  
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung  
**"Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung  
der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I (APO-S I)"**  
Vorlage 17/1846

am Dienstag, dem 21. Mai 2019  
15.00 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Sabine Mistler Philologen-Verband NRW Düsseldorf	<b>Sabine Mistler</b> Ulrich Martin	<b>17/1451</b>
Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Diktoren- vereinigung Siegen-Weidenau	<b>Rüdiger Käuser</b>	<b>17/1502</b>
Stefanie Ruffen Schulpflegschaft des Humboldt- Gymnasiums Köln Köln	<b>Stefanie Ruffen</b>	<b>nein</b>
Professor Dr. Torsten Brinda Lehrstuhl für Didaktik der Informatik Universität Duisburg-Essen Essen	<b>Prof. Dr. Torsten Brinda</b>	<b>17/1499</b>
Jan Funken Städtisches Mathematisch-Naturwissen- schaftliches Gymnasium Mönchenglad- bach Mönchengladbach	<b>Jan Funken</b>	<b>nein</b>

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Dr. Mario Vallana Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen Siegen	<b>Dr. Mario Vallana</b>	<b>17/1503</b>

<b>ABSAGEN VON EINGELADENEN EXPERTEN</b>	
Michael Schulte Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Essen	<b>nein</b>
Brigitte Balbach Lehrer nrw Düsseldorf	<b>nein</b>